



Stadtratssitzung

Donnerstag, 4. Februar 2010, 17.00 und 20.30 Uhr

Grossratssaal im Rathaus

Traktanden	Geschäfts- nummer
1. Eiskunstlauf EM 2011 Bern; Kredit (SBK: Bill / PRD: Tschäppät)	09.000362
2. Kleine Anfrage Mario Imhof (FDP): Vollkosten- und Nutzenrechnung des „Klitschko“-Boxmatches (PRD: Tschäppät)	09.000445
3. Langfristige Hochwasserschutz-Massnahmen an der Aare (Etappe 5a): Nachhaltige Variante, Projektstudie; Krediterhöhung (PVS: Mordini / TVS: Rytz)	00.000010
4. Dringliche Motion Fraktion FDP (Mario Imhof, FDP): Gesamterneuerung Autobahn Stadttangente 2010/2011 – Der Gemeinderat schikaniert mit Bundesgeldern den Berufs- und Privatverkehr auf den Hauptverkehrsstrassen in der Stadt Bern (TVS: Rytz)	09.000346
5. Dringliches Postulat GB/JA! (Stéphanie Penher, GB): Die Nydeggbücke als Aussichtsplattform zum Bärenpark sicher gestalten (TVS: Rytz)	09.000347
6. Stadtrat (Dienststelle 010); Nachkredit zum Globalbudget 2009 (Büro Stadtrat: Kohli)	09.000421
7. Abänderungsantrag nach Art. 82 Geschäftsreglement Stadtrat Fraktion GFL/EVP (Manuel C. Widmer, GFL): Mehr ist weniger: Mehr Zeit für die Begründung der Zufriedenheit bei Interpellationen können zu effizienterem Ratsbetrieb führen (Büro Stadtrat: Kohli)	07.000021
8. Interfraktioneller Abänderungsantrag nach Art. 82 Geschäftsreglement Stadtrat Fraktionen BDP/CVP, GFL/EVP und SP (Leyla Gül, SP / Béatrice Wertli, CVP / Barbara Streit-Stettler, EVP / Vinzenz Bartlome, BDP): Mehr Effizienz im Parlament (Büro Stadtrat: Kohli)	07.000021
9. Kleine Anfrage Fraktion FDP (Dolores Dana, FDP): Unterhaltsarbeiten auf der Nydeggbücke: Trägt wirklich der motorisierte Individualverkehr (MIV) die alleinige Verantwortung? (TVS: Rytz)	09.000431
10. Kleine Anfrage Jacqueline Gafner Wasem (FDP): Fahrplan 2010 der Linie 30.570: Statt einer Fahrplanverdichtung längere Wartezeiten am Bahnhof Bern Brünnen (TVS: Rytz)	09.000432
11. Motion Fraktion SVPplus (Jimmy Hofer, parteilos): Gleiches Recht für alle: Begegnungszone auch in der Matte (TVS: Rytz)	09.000167
12. Motion Fraktion SVPplus (Peter Wasserfallen, SVP): Helvetiaplatz – Mehr Sicherheit für Velofahrer und Fussgänger, mehr Ordentlichkeit für Einheimische und Touristen (TVS: Rytz)	09.000245

13. Motion Luzius Theiler (GPB-DA): 5 Tramlinien durch Spital- und Markt-
gasse? Für eine Alternativplanung für den öffentlichen Verkehr in der
Innenstadt (TVS: Rytz) 09.000178
14. Motion Fraktion FDP (Mario Imhof, FDP): Tram- und Buslinien nicht mehr
durch die Markt- und Spitalgasse, Planung jetzt an die Hand nehmen!
(TVS: Rytz) 09.000268
15. Motion Edith Leibundgut (CVP): Gebührenerhöhungen ad Infinitum: Nein zur
Verdoppelung der Gebühren bei Familiengärten (TVS: Rytz) 09.000177
16. Postulat Fraktion BDP/CVP (Markus Wyss, BDP): Lästige Gerüche über der
Stadt Bern - Zustände wie einstweilen in Neapel (TVS: Rytz) 09.000193
17. Dringliche Interpellation Fraktion SP/JUSO (Gisela Vollmer, SP): Ist mit dem
Baurecht der Fortbestand der Jugendherberge gewährleistet?
(FPI: Hayoz) 09.000423
18. Kleine Anfrage Jan Flückiger (GLP): Berner Filz beim Hochbau?
(FPI: Hayoz) 09.000430

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Protokoll Nr. 4	121
Präsenzliste der Sitzung 17.00 bis 19.00 Uhr	124
Mitteilung des Präsidenten	125
Traktandenliste	125
1 Eiskunstlauf EM 2011 Bern; Kredit	125
2 Kleine Anfrage Mario Imhof (FDP): Vollkosten- und Nutzenrechnung des "Klitschko"-Boxmatches	129
3 Langfristige Hochwasserschutz-Massnahmen an der Aare (Etappe 5a): Nachhaltige Variante, Projektstudie; Krediterhöhung	130
4 Dringliche Motion Fraktion FDP (Mario Imhof, FDP): Gesamterneuerung Autobahn Stadttangente 2010/2011 – Der Gemeinderat schikaniert mit Bundesgeldern den Berufs- und Privatverkehr auf den Hauptverkehrsstrassen in der Stadt Bern	137
5 Dringliches Postulat GB/JA! (Stéphanie Penher, GB): Die Nydeggbücke als Aussichtsplattform zum Bärenpark sicher gestalten	140
6 Stadtrat (Dienststelle 010); Nachkredit zum Globalbudget 2009	142
Präsenzliste der Sitzung 20.30 bis 22.35 Uhr	144
Mitteilungen des Präsidenten	145
Traktandenliste	145
7 Abänderungsantrag Fraktion GFL/EVP (Manuel C. Widmer, GFL): Mehr ist weniger: Mehr Zeit für die Begründung der Zufriedenheit bei Interpellationen können zu effizienterem Ratsbetrieb führen (Art. 82 GRSS)	145
8 Interfraktioneller Abänderungsantrag Fraktionen BDP/CVP, GFL/EVP und SP (Leyla Gül, SP/Béatrice Wertli, CVP/Barbara Streit-Stettler, EVP/Vinzenz Bartlome, BDP): Mehr Effizienz im Parlament (Art. 82 GRSS)	146
9 Kleine Anfrage Fraktion FDP (Dolores Dana, FDP): Unterhaltsarbeiten auf der Nydeggbücke: Trägt wirklich der motorisierte Individualverkehr (MIV) die alleinige Verantwortung?	160
10 Kleine Anfrage Jacqueline Gafner Wasem (FDP): Fahrplan 2010 der Linie 30.570: Statt einer Fahrplanverdichtung längere Wartezeiten am Bahnhof Bern Brücken	160

11 Motion Fraktion SVPplus (Jimmy Hofer, parteilos): Gleiches Recht für alle:	
Begegnungszone auch in der Matte.....	161
Eingänge	166

Präsenzliste der Sitzung 17.00 bis 19.00 Uhr

Vorsitzend

Präsident Urs Frieden

Anwesend

Hans Peter Aeberhard
Michael Aebersold
Cristina Anliker-Mansour
Rania Bahnan Büechi
Vinzenz Bartlome
Giovanna Battagliero
Thomas Begert
Kathrin Bertschy
Henri-Charles Beuchat
Lea Bill
Manfred Blaser
Peter Bühler
Dolores Dana
Bernhard Eicher
Susanne Elsener
Tania Espinoza
Regula Fischer
Jan Flückiger
Rudolf Friedli
Jacqueline Gafner Wasem
Jeannette Glauser
Thomas Göttin
Claude Grosjean
Guglielmo Grossi

Beat Gubser
Leyla Gül
Ueli Haudenschild
Erich J. Hess
Kurt Hirsbrunner
Jimmy Hofer
Natalie Imboden
Mario Imhof
Ueli Jaisli
Dannie Jost
Ruedi Keller
Daniel Klauser
Vania Kohli
Michael Köpfl
Peter Künzler
Lea Kusano
Annette Lehmann
Edith Leibundgut
Daniela Lutz-Beck
Ursula Marti
Robert Meyer
Christine Michel
Patrizia Mordini
Philippe Müller

Stéphanie Penher
Pascal Rub
Rahel Ruch
Hasim Sancar
Martin Schneider
Rolf Schuler
Miriam Schwarz
Tanja Sollberger
Hasim Sönmez
Barbara Streit-Stettler
Luzius Theiler
Martin Trachsel
Aline Trede
Gisela Vollmer
Nicola von Greyerz
Tanja Walliser
Peter Wasserfallen
Thomas Weil
Béatrice Wertli
Manuel C. Widmer
Rolf Zbinden
Christoph Zimmerli
Beat Zobrist

Entschuldigt

Thomas M. Bürki
Rithy Chheng
Conradin Conzetti

Simon Glauser
Stefan Jordi
Corinne Mathieu

Claudia Meier
Nadia Omar

Vertretung Gemeinderat

Alexander Tschäppät PRD

Regula Rytz TVS

Entschuldigt

Barbara Hayoz FPI

Reto Nause SUE

Edith Olibet BSS

Ratssekretariat

Daniel Weber, Stellvertreten-
der Ratssekretär
Annemarie Masswadeh, Pro-
tokoll

Beat Roschi, Ratsweibel
Hanni Reut, Telefondienst

Stadtkanzlei

Christa Hostettler

Mitteilung des Präsidenten

Der *Vorsitzende*: Ich begrüsse heute eine Klasse des berufsvorbereitenden Schuljahrs der BFF auf der Tribüne.

Traktandenliste

Die Traktanden 13 und 14 werden gemeinsam behandelt.

1 Eiskunstlauf EM 2011 Bern; Kredit

Geschäftsnummer 09.000362 / 09/448

Gemeinderatsantrag

1. Für die Durchführung der Eiskunstlauf EM 2011 in der Stadt Bern wird ein Verpflichtungskredit von Fr. 500 000.00 zulasten der Produktgruppen-Rechnung 2011 (100 Direktionsstabsdienste der Präsidialdirektion) bewilligt. Der Beitrag wird unter dem Vorbehalt bewilligt, dass der Kanton ebenfalls einen Beitrag spricht.
2. Der Gemeinderat wird ermächtigt, die notwendigen Vereinbarungen abzuschliessen und allfällige Gebühren zu erlassen.
3. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt.

Bern, 21. Oktober 2009

SBK-Sprecherin *Lea Bill* (GB): Das Geschäft hat in der Kommission keine grosse Diskussion ausgelöst. Die Eiskunstlauf-EM soll vom 24. bis 29. Januar 2011 in der PostFinance-Arena stattfinden. Es wird wieder eine Zusammenarbeit geben zwischen Stadt und Kanton, wie dies bereits bei der EURO 08 und der Eishockey-WM der Fall war. Und natürlich wird auch der Schweizerische Eislaufverband dabei sein. Die Gästebetreuung wird bescheidener ausfallen als bei den anderen beiden Anlässen, weil vor allem Einzelpersonen anreisen dürften. Aktivitäten in der Innenstadt wird es keine geben, dafür aber Schnupperangebote für Kinder und Jugendliche, damit sie diesen Sport besser kennen lernen. Man geht von maximal 8'000 Personen pro Veranstaltung aus und rechnet daher nicht mit grossen Belastungen im öffentlichen Raum, nicht grösser als z.B. bei einem SCB-Match, zudem versucht man zu erreichen, dass die meisten Leute mit dem öffentlichen Verkehr anreisen, indem z.B. der öV im Billet inbegriffen ist. Betreffend Littering sollte es ausser um das Stadion herum kaum Mehrarbeit geben. Es wird auch grundsätzlich Mehrweggeschirr zum Einsatz kommen. „Grundsätzlich“ und nicht zu 100%, weil der Anlass ja auf privatem Grund stattfindet und die Stadt deshalb keine entsprechenden Vorschriften machen kann. Das Gesamtbudget beläuft sich auf 7.435 Mio. Franken, davon soll 1 Mio. Franken je hälftig von Stadt und Kanton bezahlt werden. Die SBK empfiehlt Ihnen mit 6 Ja-Stimmen, bei drei Enthaltungen, den Kredit anzunehmen. Damit komme ich bereits zur Fraktionserklärung von GB/JA!: Sie wird dem Kredit grösstenteils zustimmen.

Fraktionserklärungen

Béatrice Wertli (CVP) für die Fraktion BDP/CVP: Unsere Fraktion unterstützt den Sport, sie unterstützt die Idee einer Stadt, die national und international mit anderen Städten als Gastgeberin von Sport-Grossanlässen mithalten kann und somit unterstützt sie auch den Kredit für

die Eiskunstlauf-Europameisterschaft 2011. Bei aller Freude und Unterstützung für Sport und Bewegung gibt es in unserer Fraktion aber auch gewisse Bedenken und Kritikpunkte. Erstens: Kosten für Sport-Grossanlässe müssen immer genau geplant und eingehalten werden, nur so haben wir auch eine Nachhaltigkeit für dieses Engagement. Zweitens: Unserer Fraktion fehlt eine Regelung für die Zuständigkeiten für Sport-Grossanlässe. Im Februar letzten Jahres haben wir eine Motion eingereicht und bereits damals darauf hingewiesen, dass in der Stadt Bern kein Konzept für die Akquirierung von nationalen und internationalen Sportanlässen besteht. Wir haben in der Motion auch gefragt, wer zuständig sei für diese Akquirierung: Das Wirtschaftsamt? Das Sportamt? Bern-Tourismus? Die Präsidialdirektion? Diese Frage ist bis heute nicht geklärt. Ein Sportkonzept ist erarbeitet, das begrüssen wir sehr. Eine Strategie für Sport-Grossanlässe gibt es ebenfalls, aber die Frage der Zuständigkeit wurde in diesem Konzept noch nicht geklärt. Bern soll wahrgenommen werden als optimale Gastgeberin für Sportanlässe. Regelmässige Sportevents von nationaler und internationaler Bedeutung stärken Berns Ruf als europäische Sport- und Bewegungsstadt. So steht es im Konzept. Eine wichtige Rahmenbedingung sind aber die Zuständigkeiten. Wer ist zuständig für die Akquise, die Konzipierung, die Organisation, die Sicherheit und die Evaluation eines Anlasses? Die Fraktion BDP/CVP würde es sehr begrüssen, wenn diese Zuständigkeiten geregelt und in einer Direktion gebündelt würden. Wir freuen uns auf die Eiskunstlauf-EM in Bern und auf viele weitere internationale Wettkämpfe, weil: Bern braucht Bewegung.

Daniel Klauser (GFL) für die Fraktion GFL/EVP: Auch unsere Fraktion begrüsst die Durchführung der Eiskunstlauf-EM 2011 in Bern. Was uns ein wenig stutzig gemacht hat, ist der letzte Satz der Schlussbemerkungen, dass man gewisse kalkulierbare Risiken eingehe, andererseits aber an einem allfälligen Gewinn werde partizipieren können. Im Budget machen die Billete fast die Hälfte des Erlöses aus und damit geht man ein gewisses Risiko ein, wenn die Zuschauerzahlen nicht so ausfallen, wie man sie budgetiert hat. Die Vertreter der Stadt machen geltend, sie seien diesbezüglich sehr vorsichtig gewesen, zudem wurde eine Reserve von 700'000 Franken ins Budget aufgenommen. Wir glauben den Verantwortlichen jetzt einmal, dass sie auf Grund der Erfahrungen, die sie mit früheren Anlässen sammeln konnten, auf der sicheren Seite sind. Ich möchte aber anmerken, dass man bei einer Auslastung von 40 statt der prognostizierten 60% bereits ein Defizit einfahren würde, auch bei Aufwendung der gesamten Reserven. Unter dem Strich finden wir es eine gute Sache, aber wir müssen uns bewusst sein, dass wir mit unserer Zustimmung ein gewisses Risiko für Mehrkosten eingehen.

Michael Aebersold (SP) für die Fraktion SP/JUSO: Auch unsere Fraktion unterstützt die Eiskunstlauf-EM und den Kredit dafür. Es ist richtig und wichtig festzuhalten, dass Sport-Grossveranstaltungen in der Stadt Bern im positiven Sinn zu einem „Business as usual“ werden und man darf dem Stadtpräsidenten und seinen Leuten dafür danken, weil dies ja immer auch einen Mehraufwand bedeutet. Es wurde immer gesagt, Fussball sei nicht für alle, Eishockey sei nicht für alle. Diesmal geht es um einen beschaulichen Anlass und ich hoffe, dass alle, die weder Fussball- noch Eishockey-Fan sind, mit Stéphane Lambiel etwas Künstlerisches, Kulturell-musisches werden geniessen können. Wichtig und erfreulich ist auch, dass Stadt und Kanton wieder einmal zusammen arbeiten, das ist ja nicht immer und in allen Bereichen so. Betreffend Kostenteiler allerdings muss man über die Bücher gehen. Man sagt, dieser Anlass bringe dem Kanton etwas, leuchte sogar über den Kanton hinaus, und einmal mehr bezahlt die Stadt gleich viel wie der Kanton. Das scheint sich zu etablieren, ist aber längerfristig nicht richtig. Wichtig ist uns auch, dass der Anlass ökologisch durchgeführt wird, Stichwort öV und Abfallproblematik, und hier sind wir in Bern recht weit und das begrüssen wir. Am Schluss noch ein Hinweis für die wenigen, die doch noch kritisch sind: Es ist kein

Public Viewing vorgesehen auf dem Bundesplatz, also können auch die ohne Bedenken zustimmen, die befürchten, es könnten diesbezüglich Kosten anfallen für die Stadt.

Ueli Jaisli (SVP) für die Fraktion SVPplus: Eiskunstlauf ist eine schöne und attraktive Sportart. Das elegante Bewegen auf dem Eis, verbunden mit Musik und Tanz, gilt als wunderbares und einzigartiges visuelles Erlebnis. Unter den Fernseh-Sportarten garantiert der Eiskunstlauf hohe Einschaltquoten, aber auch volle Tribünenplätze bei Veranstaltungen mit Top-Schauläufern. Sollten Stéphane Lambiel und Sarah Meier 2011 noch dabei sein, was wir alle hoffen, kann dieser Anlass sehr attraktiv werden. Vom Zuschaueraufmarsch her verteilt sich das Ganze auf fünf Abende. Natürlich rechnet man nicht mit einem Zustrom wie während der EURO 08 und auch weil es sich beim Eiskunstlauf-Publikum um ein sehr ruhiges und gesittetes handelt, kann das Ganze mit relativ bescheidenem Aufwand realisiert werden. Die meisten dieser Leute werden die ganze Woche in Bern logieren, was für die Hotellerie und Gastronomie sehr attraktiv sein wird. Bern als Sportstadt kann hier mit einem relativ bescheidenen Beitrag eine optimale Werbepattform für sich, die Region und das Land schaffen. Die Fraktion SVPplus stimmt dem Kreditbegehren zu.

Einzelvotum

Luzius Theiler (GPB-DA): Ich würde wohl meinem Ruf als Kritiker derartiger Kommerz-Sport-Veranstaltungen nicht gerecht, wenn ich nicht einige kritische Bemerkungen dazu anbringen und Ihnen beantragen würde, zumindest zu diesem Zeitpunkt, auf Grund des vorliegenden Vortrags, die Vorlage abzulehnen. Es ist ein relativ langer Vortrag, voll von Selbstlob der Stadt Bern, aber es ist ein Vortrag, der wenig Konkretes besagt. Man verweist auf zusätzliche Informationen unter www.isu.org. Vielleicht bin ich sehr ungeschickt, aber ich habe unter dieser Internet-Adresse ausser dem Datum nichts über diese Veranstaltung gefunden, es ist auch nichts zu finden über die Abrechnungen früherer Europameisterschaften, wer den Gewinn gemacht hat und wie er verwendet wurde. Die Frage ist, wie bei den beiden letzten derart hoch gelobten Anlässen, ob nicht private Organisationen profitieren und die Allgemeinheit die Sache mit Subventionen finanzieren muss. Wir haben im Vortrag ein so genanntes „Gesamtbudget“. Etwas so Rudimentäres habe ich schon lange nicht mehr gesehen. Allein dass 10% des Aufwands für Reserven vorgesehen sind, zeigt, dass dieses Budget nicht sehr detailliert gemacht wurde. Beim Ertrag fragt man sich, wo der Ertrag aus den Fernsehrechten ist, der ziemlich namhaft sein muss, wurde doch gesagt, es schauten viele Leute am Fernsehen Eiskunstlaufen – auch wenn es heisst, die Einschaltquoten seien in letzter Zeit zurückgegangen, weil man die Entscheide der Richter nicht mehr nachvollziehen könne. Trotzdem, es muss sich um einen namhaften Betrag handeln. Warum ist er nicht aufgenommen? Oder verdienen da andere mit, unter anderem auf Kosten von Stadt und Kanton? Der Verdacht, dass man 700'000 Franken Reserve aufgenommen hat, um begründen zu können, dass man 1 Mio. Franken von der öffentlichen Hand braucht, liegt da sehr nahe. Dazu heisst es auf der ersten Seite unten, die personellen Ressourcen von Stadt und Kanton würden direkt in das Organisationskomitee integriert. Ist diese Eigenleistung der Stadt im besagten rudimentären Budget enthalten oder kommt das noch dazu? Bei der EURO 08 hat man nachher gesehen, dass in grösserem Ausmass versteckte Leistungen der Stadt erbracht worden waren, die nicht im Budget erschienen, sondern erst in der städtischen Rechnung. Daniel Klauser hat es richtig gesagt: An das Gesamtbudget müsse man glauben. Glauben tut man allerdings nicht im Rathaus, sondern in den Häusern mit Türmen in der Umgebung. Hier sollten wir auf Grund von Fakten entscheiden können. Ich bin nicht so fundamentalistisch, dass ich sagen würde, auf gar keinen Fall und nie dürfe dieser Anlass subventioniert werden, aber es hat niemand den

Nachweis erbracht, dass diese Veranstaltung ohne städtischen Beitrag nicht stattfinden könnte und darum beantrage ich Ihnen, die Vorlage abzulehnen.

Stadtpräsident *Alexander Tschäppät*: Ich danke für die wohlwollende Aufnahme der Vorlage. Dass Luzius Theiler kritische Anmerkungen macht, stört uns nicht, in manchen Punkten hat er sogar Recht. Es ist schwierig, im jetzigen Zeitpunkt in allen Elementen verbindliche Aussagen zu machen, aber das liegt am System dieser Europameisterschaft: Man muss Verträge ausarbeiten, man muss mit dem Fernsehen schauen, dass es mit den Übertragungen klappt, man muss mit den Sponsoren Verträge abschliessen und für all diese Detailplanung braucht man eine Organisation. Und diese Organisation können wir erst aufbauen, wenn wir das o.k. haben von Stadt und Kanton, Darum ist klar, dass das Budget noch mit Unsicherheiten behaftet ist. Die Personen, die dieses Budget gemacht haben, sind die gleichen, die bei der EURO 08 und auch bei der Eishockey-WM gearbeitet und gerechnet haben und wir dürfen immerhin sagen, dass wir bei der EURO 08 mit etwa 600'000 Franken besser abgeschlossen haben. Wir wissen also in etwa, wohin die Reise geht, aber wir wissen nicht im Detail, wie die einzelnen Verträge aussehen werden. Und wir wissen auch nicht, ob Stéphane Lambiel und Sarah Meier dabei sein werden, wie die Konjunkturlage sein wird, welche Sponsoren mitmachen und welche nicht. Dazu möchten wir jetzt in die Verhandlungen steigen, aber das können wir erst machen, wenn wir in Stadt und Kanton die Zustimmung für den Aufbau einer entsprechenden Organisation haben. Es gibt noch einen dritten Partner, den Schweizerischen Eiskunstlaufverband, aber der wäre zu klein, um eine derartige Organisation selber aufziehen, darum ist eine Partnerschaft zwischen den drei Partnern eigentlich die logische Folge. Damit ist auch bereits die Frage beantwortet, was mit einem allfälligen Gewinn geschieht: Er wird nach der Drittelsparität aufgeteilt, wie man auch bereit ist, die Risiken zu verteilen. Auch wenn wir in vielem noch nicht genau wissen, in welche Richtung es geht, in Tallin konnten wir erste Erfahrungen sammeln. Dort war praktisch immer ausverkauft, allerdings in einem kleinen Stadion. In Bern haben wir ein recht grosses Stadion und wir werden es baulich so herrichten müssen, dass wir bei Bedarf genügend Plätze haben, dass es aber bei geringerem Andrang auch nicht halb leer ist. Sollten einige aktuelle Top Stars in Bern nicht mehr im Wettbewerb starten, könnten sie immer noch eine Attraktion darstellen im Schaulaufen, das ebenfalls vorgesehen ist. Der Einsatz für derartige Grossanlässe lohnt sich, wir werden es gleich noch beim Traktandum Klitschko sehen. Es sind Investitionen, die sich rechnen lassen, frankenmässig wie auch beim Aufbau unseres Images als sportfreundlicher Stadt und als Stadt, die in der Lage ist, grosse Anlässe mit vernünftigen Aufwand durchzuführen. Ich denke, der Stadtrat sieht dies ebenso und ich bin froh darum.

Die Fraktion CVP/BDP sagt, es sei immer noch nicht geklärt, wo Grossanlässe angesiedelt würden. Diese Diskussion wird man führen müssen, im Rahmen der Evaluation, die jetzt von der SUE durchgeführt wird. Wir stellen einfach fest, dass für einen Anlass einer gewissen Grösse die erste Anlaufstelle immer mein Büro ist. Nicht dass ich das suche, aber gerade die Organisatoren internationaler Anlässe halten sich nun einmal als erstes an den Stadtpräsidenten, das ist für sie ein logischer Schritt, weil es im Ausland immer so gehandhabt wird. Wenn man das hier anders machen will, so muss man das diskutieren und die Vor- und Nachteile abwägen. Zur GFL/EVP: Es gibt Risiken, das ist klar. Das Budget ist so gerechnet, dass wir meinen, mit einer vernünftigen Publikumsauslastung können wir es einhalten. Und falls der Erfolg grösser ist, als wir jetzt budgetieren, kann es sogar auf die positive Seite ausschlagen. Ein Public Viewing wird es bestimmt nicht geben, Eiskunstlauf ist keine Sportart, die die Massen begeistert. Aber immerhin könnte die Eisbahn auf dem Bundesplatz ein Promotionsfaktor sein. Wenn es sie nächstes Jahr wieder gibt, so wird dies im gleichen Zeitraum sein wie die Eiskunstlauf-EM. Wie gesagt sind in verschiedenen Punkten die Verträge noch nicht ausgehandelt und darum weiss man zum Beispiel noch nicht einmal, wer überhaupt die

Fernsehübertragungen macht, das ist heute ein freier Markt. Was wir wissen: Wohin die Einnahmen aus der Werbung im Fernsbereich gehen. Das ist die Gegenposition des internationalen Eiskunstlaufverbandes dafür, dass er die EM vergibt und dass er einen Grundbeitrag an das Bild bezahlt, das man selber erstellt. Wir werden zwar mit lokalen Sponsoren etwas an eigenen Einnahmen haben, aber das grosse Geld mit der Werbung machen auf der einen Seite die Fernsehanstalten, die mit der Übertragung natürlich eigene Werbefenster schalten werden und auf der anderen Seite der internationale Eiskunstlaufverband. Ich wäre froh, wenn der Stadtrat dem Geschäft deutlich zustimmen könnte. Wenn wir spüren, dass das Parlament diese Art von Anlässen trägt und stützt, gibt uns dies mehr Kraft beim Aushandeln der Verträge, sei es mit den Verbänden oder mit den Sponsoren. Ich hoffe, dass wir in einem Jahr feststellen können, dass sich auch diese Investition in das Image von Bern als Sportstadt mehr als nur gerechnet hat.

Beschluss

Der Stadtrat stimmt den drei Punkten im Kreditantrag des Gemeinderats zu (50 Ja, 3 Nein, 6 Enthaltungen).

2 Kleine Anfrage Mario Imhof (FDP): Vollkosten- und Nutzenrechnung des "Klitschko"-Boxmatches

Geschäftsnummer 09.000445 / 09/418

Stadtpräsident *Alexander Tschäppät* beantwortet die Kleine Anfrage im Namen des Gemeinderats wie folgt: Der Schlittschuhclub Bern (SCB) figurierte beim Weltmeisterschaftskampf im Boxen nach Version WBC vom 12. Dezember 2009 zwischen Vitali Klitschko und Kevin Johnson als lokaler Veranstalter. Seine Aufgabe bestand einzig darin, die Halle für die Durchführung des Kampfs einzurichten. Der SCB, der es in seiner Strategie zum Ziel macht, nebst seinem eigentlichen Kerngeschäft auch weitere Grossanlässe für Bern zu akquirieren, betrat damit Neuland. Um das Eventrisiko abzusichern, machte der SCB die definitive Zusage von der Unterstützung weiterer Partner abhängig. Die Präsidialdirektion sicherte dem SCB zu, für eine Defizitdeckungsgarantie von 100'000 Franken besorgt zu sein. Sie übernahm es, einen Teil dieser Garantie auf Dritte aufzuteilen, was auch gelang. So steuerten der Lotteriefonds, Bern Tourismus sowie das lokale Gastro- und Hotelgewerbe insgesamt 43'000 Franken an Garantiezusagen bei. Schlussendlich konnten sie ja auch durchaus attraktive Gegengeschäfte machen. Weil die definitive Abrechnung des SCB noch nicht vorliegt, können keine Abschlusszahlen kommuniziert werden. Es zeichnet sich indessen ab, dass wegen grosser Heizprobleme mindestens ein Teil der bei der Stadt verbleibenden Defizitgarantie von maximal 57'000 Franken eingelöst werden muss.

Zu Frage 1: Das Budget des SCB für die Einrichtung der Halle betrug rund 500'000 Franken und die von der Stadt eingegangene Defizitdeckungsgarantie 57'000 Franken.

Der Boxkampf wurde in weit über 100 Länder zum Teil direkt übertragen und lockte 12.3 Mio. Zuschauerinnen und Zuschauer vor die TV-Geräte. Bern konnte so einmal mehr international als Sportstadt wahrgenommen werden. Der Event hat eine bedeutende Zuschauerzahl aus vielen Ländern angezogen. Zusammen mit der Tatsache, dass sich ausländische Fernseh- equipen und Medienschaffende sowie die Trosse der Boxstars bereits vor dem Kampf während mehrerer Tage in Bern und Umgebung aufgehalten haben, waren bereits mehrere Tage vor dem Kampf sämtliche Hotelzimmer ausgebucht. So konnte nicht nur Imagepflege, sondern auch Einnahmen generiert werden. Der Anlass ist somit für den Standort Bern insbesondere aus sportlicher, wirtschaftlicher und touristischer Sicht von besonderem Interesse. Bekannt-

lich werden Gagen und Siegprämien quellenbesteuert. Die diesbezügliche Abrechnung liegt noch nicht vor. Es darf aber davon ausgegangen werden, dass die Steuereinnahmen höher sein werden als die eingegangene Verpflichtung der Stadt. Die Veranstaltung trug zudem massgeblich zum sehr erfolgreichen Berner Tourismusjahr 2009 bei. So hält Bern Tourismus in seiner Mitteilung zum Rekordjahr der Berner Tourismuswirtschaft fest: „Der Klitschko-Boxkampf zum Jahresende war schliesslich die Krönung“.

Zu Frage 2: Laut Auskunft des lokalen Veranstalters sind die in seinem Verantwortungsbereich erteilten Aufträge ausschliesslich an das lokale Gewerbe vergeben worden.

Der Antragsteller *Mario Imhof* (FDP): Mir ging es mit der Kleinen Anfrage eigentlich einzig darum, dass wir Steuerzahlenden wissen, wofür und wozu unser Geld ausgegeben wird. Ich hätte noch den Wunsch an Alexander Tschäppät, einmal ein Formel-1-Rennen zu organisieren.

Stadtpräsident *Alexander Tschäppät*: Ich möchte noch einmal klarstellen, dass wir unter dem Strich nicht Steuergelder ausgeben, sondern Steuergelder einnehmen. Und zu Mario Imhofs zweiter Bemerkung: Ich schlage ihm vor, mit Bernie Ecclestone darüber zu verhandeln, für 57'000 Franken Defizitgarantie ein Formel-1-Rennen durchzuführen. Nachher können wir wieder darüber sprechen.

3 Langfristige Hochwasserschutz-Massnahmen an der Aare (Etappe 5a): Nachhaltige Variante, Projektstudie; Krediterhöhung

Geschäftsnummer 00.000010 / 09/449

Gemeinderatsantrag

1. Der Stadtrat genehmigt die Vorlage betreffend Langfristige Hochwasserschutz-Massnahmen an der Aare (Etappe 5a): Nachhaltige Variante, Projektstudie; Krediterhöhung. Vorbehalten bleiben Anpassungen, die sich bei der Ausführung als nötig erweisen und die den Gesamtcharakter des Vorhabens nicht verändern.
2. Für die Ausführung wird der zulasten der Investitionsrechnung, Konto I510-060 (Kostenstelle 510110), vom Stadtrat bewilligte Kredit von Fr. 5 190 000.00 um Fr. 590 000.00 auf Fr. 5 780 000.00 erhöht. Allfällige Subventionen und Beiträge Dritter werden zu Abschreibungszwecken verwendet.
3. Der Gemeinderat wird beauftragt, diesen Beschluss zu vollziehen.

Bern, 11. November 2009

Ergänzungsantrag der Kommission für Planung, Verkehr und Stadtgrün (PVS)

3. **(neu)** Das rechtliche Gutachten, das unter Einbezug von unabhängigen Experten erstellt wird, hat folgende detaillierte Abklärungen zu enthalten:
 - Ermessensspielraum der Stadt Bern bezüglich Auslegung des Wasserbaugesetzes.
 - Welche Massnahmen sind mindestens notwendig, damit die Matte nicht mehr in der roten Zone gemäss Gefahrenkarte Aareraum Stadt Bern liegt?
 - Rechtliche Aspekte des Versicherungsschutzes insbesondere in Bezug auf die Möglichkeit eines Regresses auf die Stadt Bern.
4. **(neu)** Die akzeptierbaren Risiken sind sowohl von einem technischen wie auch von einem rechtlichen Standpunkt zu untersuchen und zu beurteilen.

bisherige Ziff. 3 wird neu Ziff. 5.

PVS-Sprecherin *Patrizia Mordini* (SP): Wir hatten in der PVS zuerst den ehemaligen städtischen Denkmalpfleger Bernhard Furrer als Gast, der uns die nachhaltige Variante vorstellte, nachher haben wir das Geschäft unter uns behandelt. Nach dem Aarehochwasser 1999 hat man angefangen, mit verschiedenen Massnahmen gegen Hochwasser vorzubeugen. Sie sehen in Ihrem Bericht, dass es eine erste, zweite, dritte und vierte Etappe gegeben hat. In der vierten Etappe wurden die Vorprojekte „Objektschutz für Quartiere an der Aare“ und „Stollen Dalmazi-Seftau“ einer Plausibilisierung unterzogen. Die Resultate dieser Plausibilisierung wurden dem Stadtrat vorgelegt; der Gemeinderat hat, wie Sie wissen, die Objektschutzvariante bevorzugt. Am 7.5.2009 wurde mit 33 zu 31 Stimmen bei 5 Enthaltungen die Motion für eine nachhaltige Variante angenommen. Was ist unter der nachhaltigen oder dritten Variante zu verstehen? Grundidee ist ein Abweichen vom absoluten Schutz, dafür soll der Grundsatz gelten „Leben mit dem Wasser“, ohne Mauern, mit Objektschutz an den Häusern, Stegen, die man aufbauen kann etc. Man geht davon aus, dass man drei Tage im Voraus weiss, dass es ein Hochwasser geben wird. – der Stadtingenieur Hans-Peter Wyss hat allerdings relativiert, das könne man nicht drei Tage im Voraus sicher sagen. Die heutigen provisorischen würden schliesslich zu den definitiven Massnahmen, weitere Massnahmen kämen dazu, einige sind in der Motion erwähnt und wurden zumindest uns in der PVS von Bernhard Furrer sehr detailliert erläutert. Es gab auch Besprechungen der Stadt mit den Motionärinnen und mit Herrn Furrer, in denen Klarheit zu den zentralen Fragestellungen gewonnen wurde. Unter anderem hat man präzisiert, dass nicht allein die Matte, sondern auch Dalmazi, Marzili und Altenberg einbezogen werden müssen. Das Konzept Furrer und seine Kostenschätzungen für die nachhaltige Variante beziehen sich aber vor allem auf die Matte. Die Motion spricht von ca. 2 Mio. Franken, das Konzept Furrer von 6 Mio. Franken. Die Kosten für die bisherigen Etappen 1 bis 4 belaufen sich auf 5.19 Mio. Franken, die Untersuchung der so genannt nachhaltigen Variante würde weitere 590'000 Franken benötigen. Die Details dazu finden sich auf S. 8 im Vortrag. Wenn wir heute zustimmen, erhöhen sich die bislang bewilligten Kredite also von 5.19 auf 5.78 Mio. Franken, damit wären die Etappen 1 bis 5a inklusive MwSt. abgedeckt. Eingeschlossen darin sind auch eine Beurteilung und eine Kostenschätzung für vier beispielhafte Häuser und nach der Vorstudie, für die jetzt der Kredit gesprochen werden soll, könnte man für die ca. 100 betroffenen Häuser eine Hochrechnung präsentieren und das Pflichtenheft für das Vorprojekt erstellen. Zu den Beiträgen von Dritten: Gemäss dem Beitragsmodell von Bund und Kanton würde der Bund ca. 35 bis 45% bezahlen und der Kanton würde ca. 25 bis 35% der anrechenbaren Kosten an Hochwasserschutzprojekte übernehmen, allerdings nur, wenn die Mindestanforderungen des Bundes erfüllt werden. Im November 2010 soll der Beschluss des Gemeinderats zur Erarbeitung des Vorprojekts vorliegen, dann käme die Verhandlung in der PVS und im Februar 2011 wäre das Geschäft im Stadtrat, sofern wir heute zustimmen. Hans-Peter Wyss hat in der Sitzung auch geäussert, dass eine Kombination verschiedener Massnahmen aus den verschiedenen Varianten möglich ist bzw. dass die Stadt dies von vornherein als Ziel sieht. Fragen im Zusammenhang mit der Haftung, mit der Übernahme von Kosten für Umnutzungen von Kellern und Erdgeschossen und betreffend Einnahmeausfälle auf Grund von Hochwassern müssen noch genau geklärt werden. Laut Hans-Peter Wyss wird dies mit baurechtlichen Gutachten an die Hand genommen. Der Variantenentscheid würde nach heutiger Planung 2014 vorliegen und erst in dem Moment könnte die Gefahrenkarte Aareraum vom Herbst 2008 angepasst werden. Alle drei Varianten sollen einander dereinst gegenüber gestellt werden, der Gemeinderat würde sich wieder für eine entscheiden, wie er das bereits gemacht hat und wir würden in der PVS und dann im Stadtrat darüber debattieren. Es gibt also noch sehr viele Fragen zu klären, man muss in der Vorstudie auch die Befindlichkeit der Bewohner und der Eigentümerinnen der Gebäude in der Matte oder der Betroffenen im Umfeld eruieren, aber von der Stadt war dies ohnehin immer so vorgesehen. In der PVS

hat sich eine klare Zustimmung zum Sprechen des verlangten Kredits ergeben. So kann man diese Variante sauber prüfen und hat eine Auslegordnung, um die drei Varianten miteinander zu vergleichen. Die PVS stellt einen Ergänzungsantrag, der das rechtliche Gutachten inhaltlich etwas detailliert. Ich danke der Stadt und speziell Herrn Wyss für die Vorlage und für die fundierte Auseinandersetzung unter Einbezug verschiedenster Akteure und Akteurinnen. Sie haben ein mehrstufiges Verfahren gewählt, was sehr zu begrüßen ist und bereits in der Vorstudie und bei der Neubeurteilung der Gefahrensituation wurde beispielsweise Herr Furrer einbezogen.

Die PVS beantragt dem Stadtrat Zustimmung zum Ergänzungsantrag und zum Geschäft als Gesamtem.

Fraktionserklärungen

Daniel Klauser (GFL) für die Fraktion GFL/EVP: Die Krediterhöhung, über die wir heute diskutieren, ist die logische Konsequenz aus der am 7.5.2009 überwiesenen Motion „Hochwasserschutz in der Stadt Bern: Nachhaltige Variante“. Mit dieser Krediterhöhung soll endlich vertieft abgeklärt werden, was die Fraktion GFL/EVP bereits im Rahmen der Genehmigung der vorherigen Krediterhöhung gefordert hatte, nämlich eine alternative Variante, welche vom Ziel des 100-prozentigen Schutzes abweicht und sich auf den Schutz von Leib und Leben konzentriert und Sachschäden zu minimieren versucht. Die Fraktion GFL/EVP ist in dieser Frage konsequent geblieben: Konsequent grün, konsequent liberal, konsequent nachhaltig und konsequent pragmatisch. Warum konsequent grün? Es ist Teil der grünen Grundhaltung, nicht gegen die Natur, sondern mit und in der Natur zu leben, sie nicht beherrschen und unterwerfen zu wollen, sondern sich mit ihr zu arrangieren und mit ihr zusammenzuarbeiten. Aus dieser Grundhaltung folgt für uns, dass wir vorsichtig vorgehen müssen, wenn wir mit Mauern gegen Wasser kämpfen wollen und aus diesem Grund stehen wir einem Einmauern der Matte, wie es im Objektschutz vorgesehen ist und auch im Stollenprojekt, sehr skeptisch gegenüber. Unsere Haltung ist aber auch konsequent liberal: In einer liberalen Grundhaltung spielt nicht nur die Freiheit der Einzelnen eine zentrale Rolle, sondern auch ihre Eigenverantwortung. Wir appellieren an die Eigenverantwortung der Leute in der Matte bei der Nutzung ihrer Keller und Erdgeschosse. Es geht um bauliche Massnahmen wie Abdichten von Böden, um rasch installierbare Abschottung von Türen und Fenstern, um Pumpen etc. und es geht auch darum, dass man sich darauf vorbereitet, wenn ein Hochwasser kommt, so dass man Sachen, die in den Erdgeschossen und Kellern lagern, möglichst rasch in höhere Geschosse bringen kann. Was wir vertreten, ist auch konsequent nachhaltig, und zwar was die Finanzen betrifft. Wir gehen davon aus, dass die Variante, die jetzt ausgearbeitet werden soll, bedeutend günstiger realisiert werden kann als die beiden bereits auf der Stufe Vorprojekt vorliegenden Projekte. Bei der Krediterhöhung, die wir heute genehmigen sollen, geht es gerade einmal um ein halbes Prozent der Kosten, die die beiden vorliegenden Varianten kosten würden. Die Krediterhöhung ist aber auch konsequent pragmatisch. Ich wage die Einschätzung, dass keine der beiden im Moment vorliegenden Varianten mehrheitsfähig ist. Der dritte Weg, der mit dieser Krediterhöhung vertieft angeschaut werden soll, kann eine mehrheitsfähige Lösung sein. Konsequent grün, liberal, nachhaltig und pragmatisch. Wir werden auch konsequent sein, wenn es um die Ergebnisse der Projektstudie in Etappe 5 geht. Wenn sie einen gangbaren Weg aufzeigt, werden wir diesen Weg weiterverfolgen. Wenn sie überzeugend darlegt, dass ein solcher Weg nicht gangbar ist, sind wir auch bereit, zu den anderen Varianten zurückzukommen. In diesem Sinn empfehlen wir die Krediterhöhung zur Annahme, den Zusatzantrag der PVS unterstützen wir.

Gisela Vollmer (SP) für die Fraktion SP/JUSO: Ich möchte kurz auf drei Punkte eingehen: „Kosten und Folgekosten“, „Differenzierter Planungsansatz“ und „Verzicht auf öffentliche Ausschreibung“. Wir müssen die Bevölkerung vor Gefahren schützen, das ist eine Aufgabe des Staates, aber wir müssen uns im Interesse der kommenden Generationen auch für nachhaltige Kosten im Tiefbau einsetzen. In der Stadt Bern laufen anscheinend bereits heute jährliche Unterhaltskosten von ca. 3 Mio. Franken auf. So ist diese Diskussion nun endlich zu führen. Trotz mehrmaligem Nachfragen hat der Gemeinderat leider bis heute keine vollständige Zusammenstellung der bisherigen Massnahmen geliefert. Auch die, die mit diesem Geschäft vorliegt, ist unvollständig. Die mehrmals gestellte Frage zu den Folgekosten des Hochwasserschutzes steht ebenfalls im Raum. Das ist aber nur ein wichtiger Entscheidungsfaktor. Bei der Variante Objektschutz laufen etwa gleich hohe Unterhaltskosten auf wie die Erstellungskosten dieser jetzt zu untersuchenden Variante. So sind die Kosten von knapp 600'000 Franken für die Projektstudie zwar viel Geld, aber im Verhältnis zu den bisherigen Tiefbaumassnahmen zum Hochwasserschutz eher tief. Kurz erwähnt seien dazu die 450'000 Franken, die wir in ein unbrauchbares Holzeinleitsystem versenkt haben. Das kann ja mal passieren, dass ein Versuch misslingt. Oder die so genannten Sofortmassnahmen an der Aare, deren Baukosten von ca. 700'000 Franken erst gar nicht bis in den Stadtrat kamen.

Zum differenzierten Planungsansatz. Mit dieser Vorlage soll also ein differenzierter Ansatz aufgezeigt werden. Einfache Lösungen, nicht Mega-Lösungen sind gefragt. Das bedeutet, ein ganzes Bündel von Massnahmen muss erarbeitet werden. Wir erwarten dazu eine finanziell vernünftige Vorlage, endlich eine Vorlage, die auch auf das baulich und landschaftlich hoch sensible Gebiet des Aareraums eingeht und wir hoffen, dass der Gemeinderat seine Sichtweise zum Hochwasser 2005 ändert und beim Erstellen der Grundlagen, z.B. der Gefahrenkarte, auch bereits umgesetzte Massnahmen einfließen lässt. Wir hoffen, dass nach dieser Untersuchung die Gefahrenkarte etwas blauer wird. Dazu gehört eben auch eine andere Einstellung zu den Schutzziele und akzeptierbaren Risiken. Die Aussagen des Gemeinderats vermitteln, dass bei den anderen Varianten keine Risiken bestehen, also 100% Sicherheit. Ist das wirklich so? Hat man sich in letzter Zeit nicht auch schon mal geirrt? Drittens, der Verzicht auf öffentliche Ausschreibung. Wir stellen dazu fest: Es geht hier nicht nur um Tiefbau. In diesem Kontext ist es unverständlich, dass der Gemeinderat auf eine öffentliche Ausschreibung verzichtet. Mit dieser Vorlage verändert sich die Sichtweise grundlegend, dazu sind auch ganz andere Denkweisen und Fachkompetenzen erforderlich. Wir bitten den Gemeinderat, die Arbeiten neu auszuschreiben. Die SP stimmt dem Kredit einstimmig zu, beim PVS-Antrag wird es evtl. Enthaltungen geben.

Dolores Dana (FDP) für die Fraktion FDP: Der vorliegende Kreditantrag beruht, wir haben es gehört, auf der überwiesenen Motion Omar/Bertschy/Dana, die die Ausarbeitung einer dritten, nachhaltigen Variante verlangt, einer Variante, die, genau wie der Gemeinderat ausführt, ebenfalls auf dem Wasserbaugesetz aufbaut. Sinnigerweise zitiert der Gemeinderat in seinen Vorträgen immer nur einen Artikel, aber es gibt auch noch andere, auf die wir uns stützen. Im Gesetz steht: „Hochwasserschutz ist mit Gewässerunterhalt, mit Massnahmen des passiven Hochwasserschutzes zu gewährleisten. Wo dies nicht möglich ist, sollen Massnahmen des aktiven Hochwasserschutzes getroffen werden, die verhältnismässig sind und die Gefahr bannen.“ Verhältnismässig! Im Übrigen ist im Umgang mit dem Gewässer und seiner Umgebung darauf zu achten, dass es nach Möglichkeit im natürlichen Zustand erhalten bleibt oder naturgetreu gestaltet wird; den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit soll nachgelebt werden. Verhältnismässig, natürlich, naturtreu und wirtschaftlich. – An diese Grundsätze müssen sich die Gemeinde und der Kanton halten, sie sind kantonales Recht. Wir sind der Ansicht, dass diese Grundsätze mit dem Objektschutz gemäss Gemeinderats-Variante nicht vereinbar sind. Jetzt legt uns der Gemeinderat seinen Kredit vor. Er wählt den Mittelweg, bevor ein Vorprojekt

in vollem Umfang erarbeitet wird, was aus Sicht des Gemeinderats ca. 2 Mio. Franken kosten würde, in einem ersten Schritt die Gefahrensituation durch ein Expertengremium neu beurteilen zu lassen. Zusätzlich sind juristische Abklärungen zu offenen rechtlichen Fragen notwendig und diese Abklärungen sollen im Rahmen einer Projektstudie getroffen werden. Man könnte jetzt dem Gemeinderat unterstellen, er wolle die Motion mit dem gewählten Vorgehen sabotieren und so oder so nicht umsetzen, er wähle diesen Weg, damit seine bevorzugte Variante zum Zug komme und alles andere „aareab“ geschickt werde. Man könnte ihm also bösen Willen unterstellen, aber das macht die Fraktion FDP in diesem Fall nicht, und zwar, weil die zuständige Gemeinderätin dem Grünen Bündnis angehört und grüne Politik verinnerlicht hat und hier beim Wort genommen wird. Wir hoffen sehr, dass die Studie, die jetzt in Auftrag gegeben wird, untersucht, wie man mit den geringsten sichtbaren Eingriffen in die Materie und in das Stadtbild einen verhältnismässigen Hochwasserschutz erreichen kann. Idealerweise sollte die Studie zeigen, wie man von der roten in die blaue Gefahrenzone kommt. Eine Bemerkung zu den juristischen Abklärungen. Sie sollen 110'000 Franken kosten. Das ist eine stattliche Summe und eigentlich hätten die juristischen Abklärungen in den beiden anderen Projekten gemacht werden sollen und darauf sollte man jetzt aufbauen können. Hier wird wieder bei Null angefangen und das wirft ein komisches Bild auf die anderen Projekte, muss man doch annehmen, dass die Abklärungen dort nicht gemacht wurden. Als Partei mit den meisten Juristen sind wir uns aber bewusst, dass diese Frage hochkomplex ist. Einerseits die Gebäudeversicherung, andererseits private Versicherer, das ist ein Zielkonflikt und etwas, was man genauer anschauen muss, es darf also auch etwas kosten.

Zu den Versicherungen: In den letzten Wochen konnte man lesen, dass in der Matte mit 50-mal höheren Versicherungsprämien zu rechnen sei. So so! Man ist gewillt zu sagen, es gebe einen unheiligen Schulterschluss zwischen Stadt und Versicherungen, aber das ist nur eine böse Unterstellung. Interessanterweise krebzen alle Versicherungen zurück, wenn man nach einer schriftlichen Darlegung der exorbitanten Prämienenerhöhungen fragt. Es stellt sich rasch heraus, dass sie gar nicht wissen, was die dritte Variante will und klein begeben müssen. Was jetzt über die Medien läuft, ist „Vogel friss oder stirb“ und grenzt beinahe schon an Erpressung. Es ist schade, wenn die „Mätteler“, die sonst immer um ihre Besonderheit und Freiheit bestrebt sind, auf so etwas hereinfliegen. Und es ist nicht so, dass der Stadtrat und der Gemeinderat nichts gemacht hätten, sie haben seit 2005 sehr viel gemacht. Die Matte ist sehr wichtig, sonst würden wir uns nicht derart schwer tun, Varianten zu suchen, die nicht dermassen in das Quartier eingreifen. Die Matte ist besonders, aber sie ist nicht mehr besonders und verliert ihren dörflichen Charme, wenn die Leute eine Mauer vor der Nase haben. Im Übrigen garantiert keine der bisherigen Varianten, dass kein Hochwasser mehr kommt, dass die Prämien nicht doch steigen und sie näher in der gelben Gefahrenzone sind. Es ist auch ein Unsinn, hier den Solidaritätsgedanken einzubringen. Ich erinnere an das Tram Bern West. Es bringt den Mättelern auch nichts, sondern nur Berns Westen, aber es ist nötig und ich bin eine Befürworterin. Der Kreditantrag ist gut und satt gerechnet und vermutlich bleibt sogar noch etwas übrig. Uns ist es das Geld wert, unsere Fraktion wird dem Kredit zustimmen und auch dem Antrag der PVS:

Edith Leibundgut (CVP) für die Fraktion CVP/EVP: Unsere Fraktion sagt ein zweites Mal Nein. Wir sind nach wie vor der Meinung, es brauche für den Hochwasserschutz in der Matte kein drittes Projekt. Im Vorfeld der heute vorliegenden beiden Projekte sind von Fachleuten in Zusammenarbeit mit der Bevölkerung bereits unzählige Varianten ausgiebig geprüft worden. Ich habe selten ein Projekt gesehen, das derart zielgerichtet und umfassend angegangen und ausgearbeitet wurde und ich habe doch viele Jahre im ASTRA verbracht. Die Idee der so genannt „nachhaltigen“ Variante ist mitnichten nachhaltig. Nachhaltigkeit impliziert eine hohe Wirksamkeit, ist auf lange Sicht ausgerichtet, ist erhaltend, umfassend und ganzheitlich. Die

Vision der dritten Variante erfüllt aus unserer Sicht kein einziges dieser Kriterien. Eine hohe Wirksamkeit ist nicht gegeben. Sie will gar nicht wirken, sondern erwartet einfach, dass die Anwohner mit dem Status Quo einigermassen zurechtkommen, notfalls Metallgerüste bereithalten, wie ich mir erklären liess, diese im meterhohen Schwemmwasser zusammensetzen, selber Mäuerchen bauen oder vielleicht einfach zu einem Bodenlappen greifen zum Aufputzen. Weiter ist der Vorschlag nicht auf lange Sicht ausgerichtet. Er überlebt höchstens drei bis fünf starke Hochwasser, dann flammt in diesem Saal wieder der Ruf nach mehr und umfassenderem Schutz auf. Unser Gedächtnis reicht oft nicht weit zurück. Auch im Bereich Substanzerhaltung hat der Vorschlag nicht viel zu bieten. Die Matte wird bei jedem Hochwasser von unten her ein wenig mehr geschwemmt und irgendeinmal wird sie nachhaltig verschwunden sein. Die dritte Variante ist nicht umfassend, sie schützt nur einzelne Gebäude. Längerfristig ist dadurch mit grossen Infrastrukturschäden durch aufsteigendes Grundwasser zu rechnen. Letztlich kann von Ganzheitlichkeit angesichts des Flickenteppichs des Vorschlags keine Rede sein. Es soll mir jemand erklären, warum ein derartiger Vorschlag mit „nachhaltig“ umschrieben wird. Die Motionäre wollen möglichst wenig in den Lebensraum der Mattebewohner eingreifen, wie sie sagen, und die Eigenverantwortung der Anwohnenden stärken. Sie gehen davon aus, dass mit den bisher realisierten Massnahmen die Überflutungshöhe wie anlässlich des Hochwassers 2005 nicht mehr erreicht wird und insbesondere auch das Problem des Schwemmholzes gelöst ist. Das sehen viele Mätteler ganz anders, wie wir durch eine Rund-Mail mehrerer Gewerbetreibender aus der Matte erfahren konnten. Sollte es aber tatsächlich so sein, dass die Stadt mit den bisherigen Eingriffen genügend für den Schutz der Matte geleistet hat und die Massnahmen des gesamten Einzugsgebiets der Aare greifen, ist der vorliegende Vorschlag hinfällig. In diesem Fall müssen wir jetzt nicht diesen Kredit sprechen, sondern bei Bund und Kanton beliebt machen, die Matte aus der Roten Zone zu nehmen. Das kostet nicht Geld, sondern Überzeugungskraft. Sollte das Wasser tatsächlich längerfristig keinen oder nur noch geringen Schaden anrichten und der Bodenlappen reichen, um den Schaden zu beheben, so könnten die Anwohnenden ab heute tatsächlich eigenverantwortliche Massnahmen ergreifen und die Stadt wäre damit aus der Pflicht. Mit den bisherigen Massnahmen ist dieser Zustand aber nicht erreicht und mit dem Schutz einzelner Gebäude wird er auch nicht zu erreichen sein. Nach wie vor steht unsere Gemeinde in einer gesetzlichen Pflicht und noch ist sie den Mattebewohnern Schutz, Solidarität und Sicherheit schuldig. Wir plädieren darum für die Ablehnung der Krediterhöhung.

Kathrin Bertschy (GLP) für die Fraktion GLP: Unsere Fraktion hat die Motion mit eingereicht, weil wir den dringenden Handlungsbedarf anerkennen, die vorgeschlagenen zwei Varianten uns aber weder aus ökologischen noch aus finanziellen Gesichtspunkten überzeugen. Es sind Investitionen in der Grössenordnung von über 100 Mio. Franken geplant und die beiden vorgeschlagenen Varianten stellen einen grossen Eingriff ins Stadtbild dar. Wir sind nach wie vor überzeugt von der Idee des dritten Weges und möchten diese Variante gern abgeklärt haben, statt dass man in einem Schnellschuss eine der beiden höchst umstrittenen Varianten realisiert. Die Aufwendungen für die Prüfung lohnen sich, wenn man sie ins Verhältnis setzt zu den Summen, die wir für dieses Projekt sonst ausgeben. Wir werden dem Kredit zustimmen und unterstützen auch den Zusatzantrag der PVS.

Stéphanie Penher (GB) für die Fraktion GB/JA!: Ich möchte auf Begriffe zurückkommen, die von meinen Vorrednern/Vorrednerinnen verwendet wurden: Verhältnismässig, naturtreu, ökologisch, konsequent nachhaltig. Die einzige konsequente, nachhaltige Politik wäre eine Klimapolitik, die keine Hochwasser verursacht wie in der Matte. Was wir heute Abend und mit den Hochwasserschutzmassnahmen machen, ist reine Symptombekämpfung. Am 7.5.2009 hat der Stadtrat der interfraktionellen Motion zugestimmt, ohne die Stimmen der Fraktion

GB/JA! Die Zustimmung hat das Projekt um rund zwei Jahre verzögert, Grundsatzfragen betreffend Haftung und Versicherungsschutz ausgelöst, grosse Unsicherheiten bei den Gewerbetreibenden in der Matte ausgelöst und, je nach Ausgang der Abstimmung heute Abend, Mehrkosten von rund einer halben Mio. Franken verursacht. Was Gewerbetreibende uns in einem Brief geschrieben haben, hat die Fraktion GB/JA! schon immer gewusst und auch gesagt. Auch wir bedauern diesen Umweg, aber im Moment stehen so viele Halbwahrheiten und Behauptungen im Raum, dass dieser Schritt zumindest aus Gründen der Klärung Sinn macht. Andernfalls werden die kritischen Stimmen, wie wir befürchten, immer wieder alles blockieren und wir werden anlässlich von Volksabstimmungen auch alles wieder diskutieren müssen. Die Fraktion GB/JA! bezahlt heute Abend den Preis der Demokratie und stimmt deshalb diesem Schritt zu. Wir haben vorhin gehört, dass die Motionäre, wenn die Resultate vorliegen, voll und ganz hinter der nachher vom Gemeinderat gewählten Variante stehen werden, das hat mich gefreut. Unsere Fraktion wird den Antrag der PVS annehmen und die Gemeinderats-Anträge mehrheitlich.

Jimmy Hofer (parteilos) für die Fraktion SVPplus: Der dritte Weg ist unbedingt erforderlich, wir sind damit auf dem richtigen Weg. Auch der Kanton hat es so angedacht oder zum Teil sogar bereits durchgeführt, er baut nicht einfach eine Mauer zwischen Thun und Bern und einen Riesenkanal. Was wir in Bern machen wollen, kann man nicht losgelöst von den Massnahmen des Kantons oberhalb von Bern betrachten. Die Absenkung des Thunersees und der Stollen, der in Thun gebaut wurde, haben eine Verlangsamung der Fliessgeschwindigkeit gebracht, das lässt sich unter aarewasser.ch nachschauen, und durch die vorgesehene Verbreiterung der Aare wird die Fliessgeschwindigkeit noch einmal viel geringer. Auch in der Stadt Bern hat man schon viel unternommen – da muss ich dem Gemeinderat einmal ein Kränzchen winden. Man hat die Tycherhöhung gemacht, man hat einen Handyalarm eingerichtet, der übrigens funktioniert, die Vorwarnzeit wurde verlängert, man hat Befestigungen gemacht, damit man auch schweres Gerät einsetzen kann und man hat in der Matte bereits Gebäude so hergerichtet, dass keine Schäden entstehen. Ich persönlich kann heute mit 30cm Wasserhöhe im Betrieb leben, ich muss nicht einmal die Versicherung anrufen. Wir haben keinen Schaden ausser einem gewissen Betriebsausfall, aber das ist tragbar. Wenn man alles kumuliert, was der Kanton und die Stadt machen – ich spreche jetzt von der Matte, aber andere Quartiere sind natürlich auch involviert – so kommen wir genau so in die gelbe Zone wie es mit einem Stollen oder mit einer Mauer – wahrscheinlich eine Art Overkill – der Fall wäre. Wir müssen unbedingt diesen dritten Weg gehen, weil wir dort ganz klar auch auf der Linie des Kantons sind. Es ist übrigens wichtig, nicht das Jahr 2005 als Referenz zu nehmen. Klar, in unserem Betrieb stand 2005 das Wasser 1.8m hoch, aber man darf nicht vergessen, dass die Wassermenge 2005 kleiner war als 1999 und 1999 hatten wir in unserem Betrieb nur einen kleinen Schaden. Und hätten wir damals die Massnahmen bereits umgesetzt, die uns die Versicherungen angegeben haben, hätte es gar keinen Schaden gegeben. 2005, das war ein Holzproblem, die Gemeinden weiter oben am Aarelauf hatten ihre Arbeit nicht gemacht, wie es im Wasserschutzgesetz verankert ist. Man muss also 1999 als Referenz nehmen und wenn damals schon alle Massnahmen umgesetzt gewesen wären, die jetzt angedacht sind, wie keine grossen Bauten mehr im Parterre, keine Lüftungs- und Kühlräume oder Toiletten im Keller von Lokalen, so kämen wir zusammen mit den jetzt zwischen Grimsel und Wohlensee angedachten Massnahmen in die gelbe Zone und damit ist der dritte Weg der einzig richtige.

Einzelvotum

Daniel Klauser (GFL): Ich möchte auf die Bemerkung von Stéphanie Penher reagieren, wonach ich gesagt habe, wenn man die Abklärung mache, stünden wir nachher hinter der vom

Gemeinderat gewählten Variante. Ich habe das so nicht gesagt, sondern ich habe gesagt, wenn die Projektstudie überzeugend darlege, dass dieser dritte Weg nicht gangbar sei, so seien wir auch bereit davon abzuweichen. Wenn aber die Studie zeigt, dass der dritte Weg machbar ist und der Gemeinderat sich trotzdem für eine andere Variante entscheidet, so folgen wir nicht einfach dem Gemeinderat.

Beschluss

1. Der Stadtrat stimmt dem Ergänzungsantrag PVS zum Antrag des Gemeinderat zu (65 Ja, 0 Nein, 1 Enthaltung).
2. Der Stadtrat stimmt dem Antrag Gemeinderat (Punkte 1 bis 3) zu (60 Ja, 6 Nein, 2 Enthaltungen).

4 Dringliche Motion Fraktion FDP (Mario Imhof, FDP): Gesamterneuerung Autobahn Stadttangente 2010/2011 – Der Gemeinderat schikaniert mit Bundesgeldern den Berufs- und Privatverkehr auf den Hauptverkehrsstrassen in der Stadt Bern

Geschäftsnummer 09.000346 / 09/354

Gemeinderatsantrag

1. Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Dringliche Motion abzulehnen; er ist jedoch bereit, Punkt 1-3, 6 und 7 als Postulat entgegen zu nehmen.
2. Die Antwort gilt in diesem Fall gleichzeitig als Prüfungsbericht.

Bern, 9. Dezember 2009

- Die Abstimmung zu Traktandum 4 erfolgt unter Namensaufruf. -

Motionär Fraktion FDP *Mario Imhof* (FDP): Ich bin grundsätzlich einverstanden mit den Antworten des Gemeinderats und möchte nur zu Punkt 5 eine Stellungnahme abgeben. In Punkt 5 ging es mir darum, dass das Umweltamt der Stadt Bern (AfU), wenn etwas im Verkehr gemacht wird, wenn es Umleitungen, Sperrungen etc. gibt, nie in diese Prozesse integriert wird. Ich frage mich, warum verkehrstechnische Angelegenheiten nie auch vom AfU beurteilt werden. Ich ziehe Punkt 4 zurück und möchte über die verbleibenden Punkte als Motion abstimmen lassen.

Fraktionserklärungen

Michael Abersold (SP) für die Fraktion SP/JUSO: Es erstaunt bestimmt niemanden, dass wir diesen Vorstoss weder in der Form einer Motion noch als Postulat unterstützen werden. Es ist eindeutig ein ideologisch motivierter Vorstoss, was man daran erkennt, dass den anderen darin mindestens zweimal Ideologie vorgeworfen wird. Einmal mehr wurde nicht verstanden, wie die Finanzierung der Strassen funktioniert, zumindest in der Stadt Bern: Der Kanton und die Eidgenossenschaft nehmen Gelder ein über die Mineralölsteuer und die Schwerverkehrsabgabe, die Stadt aber bezahlt den ganzen Unterhalt aus Steuergeldern und damit bezahlen auch die Leute mit, die gar kein Auto besitzen und das ist in der Stadt Bern bekanntlich die Hälfte der Haushalte. Hören Sie also mit diesem Finanzierungsmärchen auf, zumindest für die Gemeindestrassen ist das nicht richtig. Der Vorstoss kommt auch ein wenig wie die alte Post daher. Ich erinnere daran, dass die Fraktion SP/JUSO bereits im 2003 ein Postulat einreichte mit dem Titel „Kein Verkehrskollaps bei der Sanierung des Felsenauviadukts“. Darin haben

wir nicht nur vorausschauend Fragen gestellt und Antworten verlangt, sondern auch darauf hingewirkt, dass man das Problem grossräumig angeht, dass man den öV ausbaut, dass man Beruhigungsmassnahmen ergreift. Wir haben dort unter gewissen Voraussetzungen auch Road Pricing angeregt. Die vorliegende Motion fordert einmal mehr freie Fahrt für Autos, ob-
schon alibihalber auch der öV erwähnt wird. Es geht um Autos, die auf der Autobahn nicht mehr fliessen könnten und dann einfach in die Stadt reinfahren und man muss nicht vorgeben, die Velofahrer und die Fussgängerinnen seien einem wichtig. Die Fahrräder kommen nach wie vor durch, aber was es braucht, ist ein Schutz der Quartiere vor Mehrverkehr. Übrigens demaskieren Sie sich jetzt bereits ein erstes Mal: Vor der Abstimmung zum autofreien Bahnhofplatz haben die Bürgerlichen sich als Quartierbeschützer aufgespielt und vorgebracht, man wolle die Quartiere vor Mehrverkehr schützen. Und hier verlangen sie im zweiten Punkt eine reibungslose Durchfahrt von einem Quartier zum anderen. Da sieht man, wie ernst es Ihnen damals war mit dem Quartierschutz. Forderung 1 widerspricht der Vereinbarung des Gemeinderats mit „läbige Stadt“, wonach Verengungen geprüft werden. Wir sind selbstverständlich auch für Lösungen wie beim Bahnhofplatz, wo man die Spuren für Autos reduziert und dafür dem öV, der Ihnen ja offensichtlich am Herzen liegt, und den Velofahrenden mehr Raum gibt. Den Punkt zur Umweltverträglichkeitsprüfung nehmen wir sehr gern auf, nur ist dies hier das falsche Projekt. Diese Art von Untersuchungen braucht bei den jetzt bestehenden Hot Points, z.B. beim ESP Wankdorf oder im Ostring, wo wir ständig Grenzwertüberschreitungen haben. Wir sind Ihnen natürlich dankbar, wenn Sie uns nachher bei der Kapazitätserhöhung beim AfU unterstützen, wir haben ja kürzlich eine entsprechende Motion eingereicht, zusammen mit anderen Fraktionen. Es ist schade, wurde die Frage der Finanzierung nicht aufgegriffen. Wenn nämlich dieser Verkehr durch die Stadt fliessen wird, ist ja jemand der Verursacher. Wir haben dazumal bereits gesagt, Bund und Kanton müssten Gelder sprechen und die Stadt unterstützen im Ausbau des öV und bei der Umsetzung von flankierenden Massnahmen. Das ist offensichtlich für Sie kein Thema. Ich gehe davon aus, dass Sie Verständnis dafür haben, dass unsere Fraktion sowohl die Motion als auch das Postulat ablehnt. Sollte das Postulat mehrheitlich durchkommen, würden wir den Prüfungsbericht unterstützen, damit das Ganze abgeschrieben werden kann.

Stéphanie Penher (GB) für die Fraktion GB/JA! Die Autobahn und die Stadttangente ist eine Nationalstrasse, ihre Sanierung ist eine Bundesangelegenheit. Die Sanierung von Teilstücken dieser Autobahn hat absehbare Konsequenzen für den Verkehr in der Stadt Bern. Die Stadt Bern konnte erreichen, dass sie vom ASTRA 2.2 Mio. Franken erhält für flankierende Massnahmen, unter anderem Quartierschutz. Und hier habe ich noch etwas mitgebracht, was Sie bestimmt alle kennen, einen Flyer zur Bahnhofplatzabstimmung, mit dem Bild einer Quartierstrasse, darauf Kreidezeichnungen, und der Frage „Soll der Verkehr etwa hier durch?“ Und wenn ich den Flyer aufmache, auf der ersten Seite: „Nein zum Mehrverkehr in den Quartieren“. Ihr Kurzzeitgedächtnis ist äusserst kurz! Wir werden den Vorstoss sowohl als Motion wie auch als Postulat ablehnen.

Daniel Klauser (GFL) für die Fraktion GFL/EVP: Ich bin etwas erstaunt über die Forderung des Motionärs, es sei im Detail aufzuzeigen, welche flankierenden Massnahmen auf den Hauptverkehrsachsen realisiert würden. Wir wurden in der PVS im September im Detail darüber informiert, es kamen Leute von der Stadt und vom ASTRA, die das dargelegt haben, es gibt ein dickes Dossier dazu. Es wurde also alles gut vorbereitet und ich möchte an dieser Stelle für die frühzeitige und umfassende Information danken. Es ist sehr zu begrüssen, dass das ASTRA beim Projekt Gesamterneuerung der Stadttangente auch an die flankierenden Massnahmen denkt und die Stadt nicht einfach sitzen lässt, auch nicht finanziell, das wurde von der Vorrednerin erwähnt. Das Ziel dieser flankierenden Massnahmen ist es, die Auswir-

kungen auf die Wohnbevölkerung zu minimieren. Lärm ist im Sorgenbarometer der Stadtberner Bevölkerung immer noch ganz weit oben. Dies scheint den Motionär nicht sonderlich zu bekümmern, Hauptsache, er kommt möglichst rasch durch die Stadt. Der Motionär verlangt eine reibungslose Durchfahrt durch die Stadt. Falls er ein reibungsloses Auto erfunden hat, würde mich das als Physiker sehr interessieren.

Wir unterstützen das Konzept der flankierenden Massnahmen, das den Ausweichverkehr durch die Quartiere verhindern soll. Das Konzept, den Verkehr trotz Stau auf der Autobahn zu behalten, finden wir richtig, eine Rampendosierung ist in diesem Zusammenhang wichtig. Und es ist auch wichtig und nötig, dass der öV nicht behindert wird. Aus diesen Gründen lehnen wir die Motion ab.

Jimmy Hofer (parteilos) für die Fraktion SVPplus: Es ist interessant, wie man einen Vorstoss aus verschiedenen Blickwinkeln betrachten kann. Diese Motion ist aus folgenden Gründen entstanden: Die Stadttangente wird saniert, das ist richtig so, bedingt aber einen gewissen Aufwand und bringt eine gewisse Rückstaugefahr auf der Autobahn. Von dieser Sanierung profitiert die ganze Stadt, sie wird stark entlastet, wenn diese Rampen alle neu gemacht sind, wenn das Wankdorf fertig ist und der Verkehr wieder reibungslos fliesst. Darum verstehe ich es nicht, wenn man sagt, während der Bauphase wolle man keine Autos in der Stadt haben. Das ist so, wie wenn ich einem Handwerker sagen würde, er solle mir die Küche umbauen, dürfe aber nicht durch die Wohnung gehen. Wir müssen doch unseren Beitrag auch leisten an diese Sanierung, wir können nicht den Fünfer und das Weggli haben. Es ist nicht richtig, dass die Stadt für die elf Prozent Velofahrer zwei Drittel der Strassen reserviert und den Verkehr dermassen auf einer Spur zusammendrängt, wie man das überall sieht. Und dann sagt man, die Strassen seien völlig überlastet. Klar, wenn man in der Mitte fünf Meter breite unbefahrbare Streifen einrichtet, wie vor dem Stadion! Es geht in dieser Motion darum – ich habe ebenfalls noch eine hängig –, dass wir unseren Teil beitragen zum Umbau der Tangente, weil sie der Stadt sehr viel bringt.

Beschluss

Der Stadtrat lehnt die Motion (ohne den zurückgezogenen Punkt 4) ab (23 Ja, 40 Nein).

Die Abstimmung erfolgt unter Namensaufruf.

Mit Ja stimmen: Hans Peter Aeberhard, Vinzenz Bartlome, Thomas Begert, Henri-Charles Beuchat, Manfred Blaser, Dolores Dana, Bernhard Eicher, Rudolf Friedli, Jacqueline Gafner Wasem, Beat Gubser, Ueli Haudenschild, Erich J. Hess, Kurt Hirsbrunner, Jimmy Hofer, Mario Imhof, Ueli Jaisli, Dannie Jost, Vania Kohli, Edith Leibundgut, Pascal Rub, Peter Wasserfallen, Thomas Weil, Christoph Zimmerli

Mit Nein stimmen: Michael Aebersold, Cristina Anliker-Mansour, Rania Bahnan Büechi, Giovanna Battagliero, Lea Bill, Susanne Elsener, Tania Espinoza, Regula Fischer, Jeannette Glauser, Thomas Göttin, Claude Grosjean, Leyla Gül, Natalie Imboden, Ruedi Keller, Daniel Klauser, Michael Köpfli, Peter Künzler, Lea Kusano, Annette Lehmann, Daniela Lutz-Beck, Ursula Marti, Christine Michel, Patrizia Mordini, Stéphanie Penher, Rahel Ruch, Hasim Sancar, Rolf Schuler, Miriam Schwarz, Tanja Sollberger, Hasim Sönmez, Barbara Streit-Stettler, Luzius Theiler, Martin Trachsel, Aline Trede, Gisela Vollmer, Nicola von Greyerz, Tanja Walliser, Manuel C. Widmer, Rolf Zbinden, Beat Zobrist

Enthaltungen: --

Abwesend: Kathrin Bertschy, Peter Bühler, Thomas M. Bürki, Rithy Chheng, Conradin Conzetti, Jan Flückiger, Simon Glauser, Guglielmo Grossi, Stefan Jordi, Corinne Mathieu, Robert Meyer, Claudia Meier, Philippe Müller, Nadia Omar, Martin Schneider, Béatrice Wertli.

Präsident Urs Frieden stimmt nicht.

5 Dringliches Postulat GB/JA! (Stéphanie Penher, GB): Die Nydeggbücke als Aussichtsplattform zum Bärenpark sicher gestalten

Geschäftsnummer 09.000347 / 09/355

Gemeinderatsantrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, das Dringliche Postulat erheblich zu erklären.

Bern, 25. November 2009

Fraktionserklärungen

Jacqueline Gafner Wasem (FDP) für die Fraktion FDP: Unsere Fraktion unterstützt das Postulat nicht und ersucht den Rat, es abzulehnen, weil es objektiv nicht gerechtfertigt ist. Wie die seit der Eröffnung des BärenParks gemachten Erfahrungen zeigen – leider, muss man dazu sagen –, liegen die Sicherheitsrisiken, so weit es sie gibt, an einem ganz anderen Ort als dort, wo die Postulantin sie geortet hat. Dem Grünen Bündnis ist offensichtlich jeder Vorwand recht, um zu versuchen, Einschränkungen vorab des MIV durchzusetzen, wie es seiner Generallinie entspricht. Die Nydeggbücke, auf der bereits heute Tempo 30 gilt, ist eine der drei verkehrstauglichen Aare-Übergänge im Altstadtbereich und keine Aussichtsplattform. Sie wird und kann das auch nicht sein, wenn das zulässige Tempo auf 20 km/h reduziert wird. Daran ändert nichts, dass selbstverständlich viele Leute das stadtauswärts rechts gelegene Trottoir als zugegeben idealen Standort benützen werden, um nicht nur die BärenPark-Anlage als Ganzes im Blick oder im Sucher zu haben, sondern auch das Weltkulturerbe Berner Altstadt, das sich hier von seiner Sonnenseite zeigt. Das war schon bis anhin so und ich kann mich nicht daran erinnern, dass es jemals Probleme gegeben hätte wegen des Nebeneinanders von Verkehr – übrigens auch von öV, es fährt nicht nur privater Verkehr über diese Brücke – und von Touristinnen und Touristen. Es gab meines Wissens auf dieser Brücke nie signifikant mehr Unfälle als auf anderen Strassenabschnitten, die sich das Publikum, das zu Fuss unterwegs ist und vielleicht die Gegend anschaut, mit dem öffentlichen und privaten Verkehr teilen muss.

Peter Wasserfallen (SVP) für die Fraktion SVPplus: Hier geht es ganz klar nicht um den BärenPark, man sieht ja ohnehin nur selten einen Bären, aber das ist ein Thema für sich. Worum geht es denn? Die Nydeggbücke ist der Zubringer zur Schütte, der einzigen Strasse, auf der man überhaupt noch innerhalb der Aareschlaufe fahren darf. Wird Tempo 20 eingeführt, entsteht zwischen dem Bärengabenkreisel und der Schütte ein kleiner Riegel, auf dem die Fussgänger Vortritt haben. Und wenn der Bär wirklich einmal draussen ist oder es ist schönes Wetter und alle tollen auf der Strasse herum wie in der Marktgasse oder in der Gerechtigkeitsgasse, so haben wir folgendes Problem: Der öV kann kaum mehr fahren, auch der MIV nicht, und wenn noch Rush Hour ist, so geht gar nichts mehr. Der BärenPark ist das Trojani-sche Pferd und die Absicht im Hintergrund ist ganz klar, man will auch hier eine Achse möglichst zumachen. Darum geht es in diesem Vorstoss. Aber nehmen wir einmal an, der BärenPark sei der wirkliche Grund. Wir haben dort breite Trottoirs, es hat also genügend Platz und das Kopfsteinpflaster reduziert ohnehin sämtliche Anfälle von fahrwütigen Autofahrenden. Das Postulat ist gefährlich, es ist abzulehnen. Und wenn es durchkommt, werden wir beantragen, dass es als Prüfungsbericht gilt.

Postulantin *Stéphanie Penher* (GB/JA!): Ich denke, einen einzelnen Satz können wir wohl kaum als Prüfungsbericht annehmen. Es geht uns nicht darum, den Verkehr dort nicht durchzulassen, es ist mir lieber, er fährt dort durch als anderswo. Es geht auch nicht darum, ihn langsamer machen zu wollen. Es gibt auch vor der Schütte einen kleinen Tempo-20-Bereich, dort sind auch viele Touristen und dort musste man auch Kampagnen veranstalten um zu erklären, wer Vortritt hat. Es geht mir einzig darum, Klarheit zu schaffen für den Fall, dass je etwas geschehen sollte. Ich bin oft dort zu Fuss unterwegs und sehe, wie die Leute über die Strasse hetzen, dazu kommt der hohe Trottoirrand, das ist ganz einfach gefährlich. Es geht um Sicherheit und Klarheit. Die Anwohnenden aus der unteren Junkerngasse haben auf den Vorstoss reagiert und gesagt, es wäre schon längst an der Zeit, auf der Nydeggbücke eine Tempobeschränkung einzuführen, denn dort werde sehr wohl gerast. Autoreifen auf Kopfsteinpflaster sind sehr laut und wenn langsamer gefahren würde, wäre auch gleich noch dieses Problem gelöst.

Patrizia Mordini (SP) für die Fraktion SP/JUSO: Der Zulauf, den der BärenPark hat, ist erfreulich. Die Altstadt, insbesondere die untere, ist belebt. Das führt aber auch zu einer Anhäufung von Menschen auf der Nydeggbücke. Das Problem ist, dass viele Leute nicht wissen, dass dort keine Begegnungszone besteht. Um keine Menschenleben zu gefährden, ist es notwendig und wichtig, die Begegnungszone bis zum Kreisel Bärengaben auszuweiten, wie es das Postulat verlangt. Die Sicherheit auf der Nydeggbücke ist vorrangig, darum sagen wir Ja dazu.

Einzelvoten

Peter Wasserfallen (SVP): Noch einmal zur Frage der Gefährlichkeit: Der Strassenraum ist per se nicht ungefährlich. Für etwas haben wir ein Strassenverkehrsgesetz, für etwas haben wir Verkehrskundeunterricht etc. Wenn es überall Verbotsschilder braucht und Begegnungszonen, so muss ich fragen: Wo bleibt eigentlich der mündige Bürger? Wir müssen doch lernen, wie man mit den Leuten umgeht und Leute produzieren Verkehr. Zur Lärmproblematik kann ich nur sagen: Logisch. In der Altstadt hat es auch sonst Lärm und das Kopfsteinpflaster ist unter anderem wegen des UNESCO-Labels da. Auch bei Tempo 20 wird man den Lärm noch hören, dazu kommt „Stop and Go“, weil die Touristen über die Strasse gehen. Es geht mit dem Vorstoss einzig darum, auch dieser Achse definitiv den Herzinfarkt zu bescheren.

Jacqueline Gafner Wasem (FDP): Stéphanie Penher hat gesagt, es gehe ihr mit dem Vorstoss nicht um eine Behinderung des Verkehrs. Das kann man glauben oder nicht. Sie hat auch gesagt, es gehe ihr darum, „Klarheit zu schaffen für den Fall, dass je etwas geschehen sollte“. Ich weiss nicht, ob sie Auto fährt. Für alle Fälle kläre ich sie hier darüber auf, dass man als Lenkerin eines Motorfahrzeugs sein Fahrzeug beherrschen muss. Man muss z.B. die Geschwindigkeit an die gegebene Situation anpassen und das kann in einem konkreten Fall, wenn sich Leute auf der Fahrbahn befinden, die nicht daran denken, dass es sich um eine Strasse handelt, sogar heissen, dass man mit 10 Stundekilometern fahren muss. Und wenn trotzdem etwas passiert, so nützt es je nachdem nichts zu sagen, man sei nicht schneller als die erlaubten 20km/h gefahren, man wird trotzdem gebüsst wegen Nichtbeherrschens des Fahrzeuges. Verlassen Sie sich darauf, dass Autofahrende in der Regel bremsen, wenn sie Leute auf der Strasse sehen. Diesen Vorstoss braucht es nicht.

Jimmy Hofer (parteilos): Es tönt verlockend, die Fussgängerzone bis zum Bärengaben zu verlängern und es macht eigentlich auch Sinn. 20 oder 30 Stundenkilometer auf der Bücke, das spielt für mich keine Rolle, Hauptsache, ich kann durchfahren. Aber ich gebe zu bedenken, dass dort auch ein Bus verkehrt, und zwar in einem engen Raum. Und wenn sich die Leute

wegen Überfüllung dieses Raums nicht nur auf dem Trottoir aufhalten, sondern auch auf der Strasse, so hat der Busfahrer kein Recht mehr zu hupen, er muss warten, bis auch der letzte freiwillig die Strasse freigegeben hat, weil in einer Tempo-20-Zone die Fussgänger Vortritt haben. Ich weiss von Busfahrern, dass es schon weiter oben Probleme gibt mit Durchkommen, im Sommer ist es durchaus möglich, dass der Bus kaum mehr durchkommt.

Beschluss

Der Stadtrat erklärt das Postulat Fraktion GB/JA! erheblich (40 Ja, 26 Nein).

Peter Wasserfallen (SVPplus): Ich **stelle den Antrag**, das Postulat als Prüfungsbericht zu akzeptieren.

Der Präsident *Urs Frieden*: Wir haben mit dem Gemeinderat die Regelung getroffen, dass er möglichst rasch und mit einem Satz antwortet, damit man vor allem über den Bericht diskutieren kann. Wenn dieses Vorgehen durch diese Art von Anträgen unterlaufen wird, ist unsere Abmachung mit dem Gemeinderat problematisch. Das Postulat wurde nicht geprüft, dieser eine Satz des Gemeinderats ist kein Prüfungsbericht.

Peter Künzler (GFL): Mit dieses Verhalten treiben Sie Schindluderei mit der Demokratie. Und nennen sich Volkspartei.

Philippe Müller (FDP): Stimmen wir ab, damit ist die Sache erledigt.

Beschluss

Der Stadtrat lehnt das Begehren von Peter Wasserfallen ab, die Antwort des Gemeinderats als Prüfungsbericht zu betrachten (9 Ja, 53 Nein, 2 Enthaltungen).

6 Stadtrat (Dienststelle 010); Nachkredit zum Globalbudget 2009

Geschäftsnummer 09.000421 / 09/406

Antrag Büro des Stadtrats

Der Stadtrat erhöht den Globalkredit 2009 des Stadtrats (Dienststelle 010) mittels Nachkredit um Fr. 137'000.00 auf Fr. 1'985'320.75 Franken.

Bern, 7. Dezember 2009 / 4. Januar 2010

Vania Kohli (BDP) für das Büro des Stadtrats: Gemäss Art. 15 Abs. 6 des neuen Geschäftsreglements des Stadtrats unterbreitet das Büro diesen Antrag auf einen Nachkredit dem Stadtrat, weil der Betrag von 50'000 Franken überschritten ist. Der Antrag ist selbsterklärend, das Büro beantragt, den Globalkredit 2009 des Ratssekretariats und des Stadtrats mittels Nachkredit um 137'000 Franken zu erhöhen. Die beiden wichtigsten Posten: Rund 60'000 Franken sind durch die Untersuchung der BAK entstanden und 50'000 Franken sind bedingt durch das neue Ratsinformationssystem (RIS). Das Projekt GEVER wurde ja vom Stadtrat im Projektierungsstadium bewilligt. Als man die Budgetierung 2009 und 2010 vornahm, ging man davon aus, dass das Ratssekretariat dem Stadtrat einen eigenständigen Investitionskredit beantragen und die Eigenleistungen bei sich belasten würde. In der Zwischenzeit hat sich dies geändert, die Stadtkanzlei führt in Zusammenhang mit den Informatikdiensten das Projekt GEVER ein und das RIS ist ein Teil davon. Wenn das Vorprojekt abgeschlossen ist und

man weiss, wie viel der Gesamtkredit betragen wird, so können in einer späteren Phase wieder Eigenleistungen des Ratssekretariats für die Teilprojektleitung RIS erwirtschaftet werden. Die 50'000 Franken, die letztes Jahr nicht erwirtschaftet werden konnten, sind auch 2010 noch einmal budgetiert. Die kleineren Posten sind z.B. Nebenkosten, unter anderem geht es um höhere Ölpreise. Bei den Mehrkosten für das Personal in der Höhe von 35'000 Franken ist ungefähr ein Drittel durch die Mehrbelastung im Zusammenhang mit der Untersuchung durch die BAK verursacht worden, ungefähr gleich viel durch die Pensenerhöhungen im Zusammenhang mit dem Weggang von Annina Jegher und der Anstellung einer Praktikantin und ein weiteres Drittel durch den Einkauf in die Pensionskasse auf Grund der Beförderung, die sehr spät erfolgte und nicht budgetiert werden konnte, plus natürlich der Abfindung von Annina Jegher. Die höheren Druckkosten sind ein kleinerer Betrag, das hat ebenfalls mit dem Stadtrat und der Erhöhung der Geschäftslast zu tun. Früher hat der Globalkredit dort einen gewissen Spielraum geboten, das konnte diesmal nicht eingehalten werden. Auch die Kosten für ein neues Druckerkonzept hat man in den Nachkredit aufgenommen und schliesslich hat man die beiden vorderen Jahre keine Sammelbände für das Archiv machen lassen, womit 2009 die Kosten für drei Jahresbände anfielen. Das Büro beantragt Annahme des Nachkredits.

Rudolf Friedli (SVP) für die Fraktion SVPplus: Ich wüsste gern, wofür Annina Jegher abgefunden wurde. Sie hat ja gekündigt.

Vania Kohli (BDP) für das Büro des Stadtrats: Es geht um das Sekretariat der SBK. Weil es mit der Reorganisation aufgehoben und neu organisiert wird, hätte man ihr kündigen müssen und in diesem Zusammenhang gibt es gemäss Personalreglement eine Abfindung.

Beschluss

Der Stadtrat stimmt dem Nachkredit zu (63 Ja, 3 Nein).

Die Sitzung wird um 19.00 Uhr unterbrochen.

Namens des Stadtrats

Der Präsident: *Urs Frieden*

Die Protokollführerin: *Annemarie Masswadeh*

Präsenzliste der Sitzung 20.30 bis 22.35 Uhr

Vorsitzend

Präsident Urs Frieden

Anwesend

Hans Peter Aeberhard
Michael Aebersold
Vinzencz Bartlome
Giovanna Battagliero
Thomas Begert
Kathrin Bertschy
Henri-Charles Beuchat
Lea Bill
Manfred Blaser
Peter Bühler
Conradin Conzetti
Dolores Dana
Bernhard Eicher
Susanne Elsener
Regula Fischer
Jan Flückiger
Jacqueline Gafner Wasem
Jeannette Glauser
Simon Glauser
Thomas Götting
Claude Grosjean
Guglielmo Grossi
Beat Gubser

Leyla Gül
Ueli Haudenschild
Erich J. Hess
Kurt Hirsbrunner
Jimmy Hofer
Natalie Imboden
Mario Imhof
Ueli Jaisli
Dannie Jost
Ruedi Keller
Daniel Klausner
Vania Kohli
Michael Köpfli
Peter Künzler
Lea Kusano
Annette Lehmann
Edith Leibundgut
Daniela Lutz-Beck
Ursula Marti
Robert Meyer
Christine Michel
Patrizia Mordini
Philippe Müller

Stéphanie Penher
Pascal Rub
Rahel Ruch
Hasim Sancar
Martin Schneider
Rolf Schuler
Miriam Schwarz
Tanja Sollberger
Hasim Sönmez
Barbara Streit-Stettler
Luzius Theiler
Martin Trachsel
Aline Trede
Gisela Vollmer
Tanja Walliser
Peter Wasserfallen
Thomas Weil
Béatrice Wertli
Manuel C. Widmer
Rolf Zbinden
Christoph Zimmerli
Beat Zobrist

Entschuldigt

Cristina Anliker-Mansour
Rania Bahnan Buechi
Thomas M. Bürki
Rithy Chheng

Tania Espinoza
Rudolf Friedli
Stefan Jordi
Corinne Mathieu

Claudia Meier
Nadia Omar
Nicola von Greyerz

Vertretung Gemeinderat

Regula Rytz TVS

Entschuldigt

Alexander Tschäppät PRD
Barbara Hayoz FPI

Reto Nause SUE

Edith Olibet BSS

Ratssekretariat

Daniel Weber, Stellvertreten-
der Ratssekretär
Barbara Waelti, Protokoll

Beat Roschi, Ratsweibel
Hanni Reut, Telefondienst

Stadtkanzlei

Christa Hostettler

Mitteilungen des Präsidenten

Der Vorsitzende *Urs Frieden*: Für die Abendsitzung sind Entschuldigungen von Nicola von Greyerz und Tania Espinoza eingegangen.

Traktandenliste

Traktandum Nr. 16 wurde zurückgezogen.

7 **Abänderungsantrag Fraktion GFL/EVP (Manuel C. Widmer, GFL): Mehr ist weniger: Mehr Zeit für die Begründung der Zufriedenheit bei Interpellationen können zu effizienterem Ratsbetrieb führen (Art. 82 GRSS)**

Geschäftsnummer 07.000021/ 09/440

Antrag Fraktion GFL/EVP zu Artikel 63 Absatz 4 GRSS

Die Interpellantin oder der Interpellant ist berechtigt, eine kurz begründete Erklärung abzugeben, ob sie oder er mit der Auskunft zufrieden ist. **Die Erklärung ist in der Regel nicht länger als eine Minute.** (*zugunsten Antrag Büro zurückgezogen*)

Antrag Büro des Stadtrats

zu Artikel 63 Absatz 4 GRSS: Die Interpellantin oder der Interpellant ist berechtigt, eine kurz begründete Erklärung abzugeben, ob sie oder er mit der Auskunft zufrieden ist. **Diese dauert maximal eine Minute.**

1. Der Stadtrat ...genehmigt / lehnt ab... den bereinigten, wie folgt lautenden Antrag: ...
(... Ja, ... Nein, ... Enthaltungen).
2. Er setzt die Regelung auf den 4. März 2010 in Kraft.

Bern, 13. Januar 2010

Der Antragsteller *Manuel C. Widmer* (GFL): Dieser Abänderungsantrag bezweckt, die im Rat für Diskussionen aufgewendete Zeit zu reduzieren. Zu Interpellationen wird häufig die Diskussion verlangt, weil nicht genügend Zeit zur Begründung des Antrags oder der Zufriedenheit mit der Antwort eingeräumt wird. So kommt es zu weiteren Wortmeldungen und langen Diskussionen. Wenn den Leuten mehr Zeit zur Begründung ihrer Zufriedenheit bezüglich einer Interpellation zur Verfügung stände, würde die Diskussion weniger häufig verlangt. Weil ich den Vorschlag des Büros für besser als meine Formulierung halte, ziehe ich meinen Antrag zugunsten des Antrages des Stadtratsbüros zurück.

Ueli Haudenschild (FDP) für die FDP-Fraktion: Eine Steigerung der Effizienz kann auf verschiedene Arten erreicht werden; ich bezweifle, dass diese Erhöhung der Redezeit dazu geeignet ist. Interpellationen dienen der Hinterfragung von Sachverhalten und dem Einholen von Antworten. Mittels Interpellation gelangen wir an den Gemeinderat und nicht an die anderen Fraktionen. Eine halbe Minute reicht aus zum Begründen, ob man mit der Antwort zufrieden ist oder nicht. Man kann auch eine Zusatzfrage stellen und erhält darauf eine Antwort. Die Abgabe eines politischen Statements, das von den anderen Ratsmitgliedern, den Fraktionen und Parteien nicht beantwortet werden kann, ist nicht zulässig. Falls die Redezeit erhöht wür-

de, laufen wir Gefahr, dass tatsächlich weniger diskutiert würde – auch dann, wenn der Rat gerne diskutieren möchte. Denn nur die Interpellantin oder der Interpellant kann die Diskussion verlangen und erhält so eine Plattform zur Selbstdarstellung. Bei auf eine Minute verlängerter Redezeit wäre das zwar nicht gravierend, aber es ist der falsche Weg. Vielmehr ist die Überlegung angebracht, ob eine Diskussion wirklich erforderlich ist oder ob die Information mittels Kleiner Anfrage oder mit einem Telefongespräch mit der Verwaltung eingeholt werden kann.

Die bestehende Regelung gibt dem Stadratspräsidenten die Kompetenz zu entscheiden, was als kurze Erklärung tolerierbar ist. Hier darf durchaus ein gewisser Ermessensspielraum bestehen. In meinem vergangenen Jahr als Stadratspräsident intervenierte ich in der Regel nach 40 bis 50 Sekunden. Die fragliche Neuregelung änderte kaum etwas an der bestehenden Situation. Es ist zu bezweifeln, dass dies dazu führt, dass Diskussionen seltener werden. Die FDP-Fraktion lehnt den Vorstoss ab und will die bisherige Regelung beibehalten.

Manfred Blaser (SVP) für die Fraktion SVPplus: Es ist der Gemeinderat, der sich bei einem wie auch immer gearteten Vorstoss einer Antwort enthält. Weil die Antwort ausbleibt, entsteht die Motivation, den Vorstoss zu wiederholen. Ich appelliere an den Gemeinderat, sich doch zu den von uns lancierten Anfragen zu äussern.

Beschluss

Der Stadtrat stimmt dem Antrag des Büros zu Artikel 63 Absatz 4 zu (45 Ja, 11 Nein, 1 Enthaltung).

Der Beschluss lautet:

1. Der Stadtrat genehmigt den wie folgt lautenden Ergänzungsantrag des Büros des Stadtrates zu Art. 63 Abs. 4 GR SR: „Die Interpellantin oder der Interpellant ist berechtigt, eine kurz begründete Erklärung abzugeben, ob sie oder er mit der Auskunft zufrieden ist. Diese dauert maximal eine Minute.“ (45 Ja, 11 Nein, 1 Enthaltung).
2. Er setzt die Regelung auf den 4. März 2010 in Kraft.

8 Interfraktioneller Abänderungsantrag Fraktionen BDP/CVP, GFL/EVP und SP (Leyla Gül, SP/Béatrice Wertli, CVP/Barbara Streit-Stettler, EVP/Vinzenz Bartlome, BDP): Mehr Effizienz im Parlament (Art. 82 GR SR)

Geschäftsnummer 07.000021 / 09/447

Antrag Büro des Stadtrats

1. Der Stadtrat stimmt dem geänderten Artikel 41 GR SR im folgenden Wortlaut zu: „....“
Der Stadtrat beschliesst die Inkraftsetzung des gemäss dem Antrag der Fraktionen von BDP/CVP, GFL/EVP und SP/JUSO geänderten Artikels 41 GR SR auf den 01.01.2011.
Er beauftragt die Aufsichtskommission zu prüfen, inwieweit sich aufgrund des neuen Artikels 41 GR SR Änderungen in anderen Erlassen und Beschlüssen ergeben (Bsp.: Art. 12 GR SR „Sitzungsgeld“).
2. Der Stadtrat stimmt der Empfehlung seines Büros zu und beschliesst, die Aufsichtskommission (AK) mit der Vorbereitung des Abänderungsantrags vom 03.12.09 der BDP/CVP-, GFL/EVP- und SP/JUSO-Fraktionen sowie mit der entsprechenden Antragstellung an den Stadtrat zu beauftragen; dies in Berücksichtigung der Meinung des Gemeinderats.

Der Stadtrat erwartet die Antragstellung der Aufsichtskommission bis Mitte September 2010, damit spätestens an der ersten Sitzung des Stadtrats nach den Herbstferien darüber debattiert werden kann.

Bern, 13. Januar 2010

Interfraktioneller Antrag Fraktionen BDP/CVP, GFL/EVP und SP/JUSO zu Artikel 41 GRSR

Die Sitzungen des Stadtrats finden in der Regel einmal im Monat an einem Freitag im Grossratssaal statt. Die Sitzungen beginnen um 08.30 Uhr. Wird eine Nachmittagssitzung notwendig, beginnt diese nach einem angemessenen Unterbruch in der Regel um 13.30 Uhr. Nachmittagssitzungen dauern in der Regel nicht länger als bis 17.30 Uhr. Das Präsidium bestimmt die Sitzungsdaten unter Berücksichtigung der städtischen Schulferien. *(zugunsten des GFL/EVP-Antrag zurückgezogen)*

Antrag GFL/EVP zum interfraktionellen Antrag zu Artikel 41 GRSR

Der Stadtrat beschliesst aufgrund des Abänderungsantrags vom 03.12.09 der Fraktionen BDP/CVP, GFL/EVP und SP/JUSO, grundsätzlich einmal im Monat eine eintägige Sitzung abzuhalten. Die Aufsichtskommission (AK) ist mit der Vorbereitung der entsprechenden Antragstellung an den Stadtrat zu beauftragen, dies in Berücksichtigung der Meinung des Gemeinderates.

Antrag Christoph Zimmerli (FDP)/Michael Köppli (GLP) zum interfraktionellen Antrag zu Artikel 41 GRSR

Die Sitzungen des Stadtrats finden in der Regel jeden zweiten Donnerstag im Grossratssaal mit Beginn um 17.30 Uhr statt. Wird eine Abendsitzung notwendig, beginnt diese nach einem angemessenen Unterbruch in der Regel um 20.45 Uhr. Sie soll in der Regel nicht länger als bis 22.45 Uhr dauern.

Empfehlung des Büros

Das Büro empfiehlt dem Stadtrat, das Geschäft der Aufsichtskommission (AK) zur Vorberatung und zur Antragstellung zuzuweisen. Die AK soll allfällige weitere Änderungen des Stadtratsreglements oder anderer Erlasse und Beschlüsse, die sich aus dem neu formulierten Art. 41 GRSR ergeben, ausarbeiten und dem Stadtrat zur Beschlussfassung unterbreiten. Die AK soll im Rahmen ihrer Arbeiten eine Stellungnahme des Gemeinderats einholen und diese in der Antragsbegründung berücksichtigen.

Eventualantrag Robert Meyer (SD)

Der Stadtrat tagt weiterhin einmal wöchentlich am Donnerstagabend, neu von 19 Uhr bis 22.30 Uhr.

Antrag Jimmy Hofer (parteilos)

Ab 2011 soll die Sitzungsentschädigung für Mitglieder des Stadtrates verdoppelt werden. (Dies unabhängig von einer allfälligen zukünftigen Änderung des Sitzungsrhythmus.)

Für das Büro des Stadtrats *Vania Kohli* (BDP): Die Fraktionen BDP/CVP, GFL/EVP und SP/JUSO verlangten am 3. Dezember 2009 beim Büro eine Teilrevision des Stadtratsreglements, gemäss Art. 82 GRSR. Mit der heutigen Traktandierung ist die zweimonatige Frist eingehalten. Die genannten Fraktionen verlangen mit ihrem Antrag eine Änderung des Artikels 41 GRSR. Die Sitzungen des Stadtrates sollen in der Regel einmal monatlich an einem Frei-

tag von 08.30 Uhr bis mittags, wenn nötig mit Verlängerungsmöglichkeit ab 13.30 Uhr bis maximal 17.30 Uhr, stattfinden. Diese Regelung soll per 1. Januar 2011 in Kraft treten.

Folgende Argumente dienen der Begründung des Antrags: 1. Das Berner Stadtparlament habe den schweizweit höchsten Sitzungsrhythmus. 2. Die Belastung sei dadurch sehr hoch. 3. Die wöchentlichen Sitzungen führten vermehrt zu durch kurzfristige Tagesaktualitäten angeregte Vorstösse. 4. Durch den monatlichen Sitzungsrhythmus könne dies verbessert werden, was zu einer effizienteren Parlamentsarbeit führe.

Nachdem sich das Büro mit dem Antrag befasst hat, empfiehlt es dem Stadtrat dessen Ablehnung. Er soll stattdessen zur Vorberatung an die Aufsichtskommission (AK) weitergeleitet werden, mit dem Auftrag, einen entsprechenden Abänderungsantrag vorzubereiten und diesen bis Mitte September dem Stadtrat vorzulegen. In diesem Zusammenhang soll die AK allfällige, sich in der Konsequenz dieser Änderungen ergebende Erlasse oder Beschlüsse, wie Sitzungsgelder usw. anpassen und dazu auch die Meinung des Gemeinderates einholen. Das Büro beantragt dem Stadtrat dieser Empfehlung zu folgen.

Für die Antragstellenden *Leyla Gül* (SP): Dieses ist das zeitintensivste Stadtparlament der ganzen Schweiz. Quantität erlaubt aber keine Rückschlüsse auf gute Qualität. Die derzeitige Organisationsform des Ratsbetriebs lädt zu unnötig langen und oft nicht konstruktiven Debatten ein. Das hat mit Demokratie nicht viel zu tun. Es strapaziert das demokratische System, lang und ausführlich über Themen zu diskutieren, die schliesslich nicht einmal in der Kompetenz des Stadtrates liegen. Selbstverständlich sind intensive Auseinandersetzungen nötig und wichtig. Im Rahmen des politischen Anstandes sind auch harte Diskussionen zulässig. Dabei verstricken wir uns aber allzu oft in Scheingefechte auf Nebenschauplätzen. Häufig geht es mehr um Symbolik und Schein, als um konkrete Inhalte. Dagegen fehlt es oft an der Zeit für die wirklich wichtigen Geschäfte, wie Bildungs-, Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik. Oftmals entsteht der Eindruck, dass für das Protokoll geredet wird oder weil wir uns gerne reden hören. Als Vertreterinnen und Vertreter des Volkes erfüllen wir hier aber keinen Selbstzweck. In unserem Aufgabenbereich liegt es, die Stadt Bern vorwärts zu bringen, sie wo nötig zu verbessern und zu erhalten, worauf wir stolz sind. Effizienz ist vor allem eine Frage der Disziplin im Rat, aber auch abhängig von den Rahmenbedingungen. Wird der Ineffizienz zu viel Raum gelassen, entfaltet sie sich besser. Wir hoffen, durch die Verschiebung der wöchentlichen Donnerstagabendsitzungen auf einen ganzen Tag pro Monat eine Konzentration der Geschäfte zu erlangen. Anstatt uns mehrmals pro Woche ein bisschen mit dem Stadtrat zu beschäftigen, würden wir uns nach dem neuen Modell einmal pro Monat ernsthaft damit auseinandersetzen. Das wäre effizient und bedeutete eine Verbesserung der Qualität.

Als Stellungnahme zu der Kritik, monatliche Sitzungen seien für Berufstätige nicht einzurichten: Eine Person mit einem hundertprozentigen Pensum müsste täglich eine halbe Stunde länger arbeiten, um einen freien Tag pro Monat erhalten. Dagegen ist die jetzige Lösung für Leute mit Familie problematisch. Kommt noch ein zusätzliches Engagement hinzu, ist bald jeder Abend besetzt. Es ist fraglich, zugunsten welcher Gruppe der Stadtrat ein Zeichen setzen will.

Für die Fraktion SP/JUSO: Unsere Fraktion unterstützt das Anliegen für mehr Effizienz nach dem Modell einer Tagessitzung unbedingt. Wir verstehen diese Änderung als Chance für unser Parlament und erwarten eine qualitative Verbesserung dadurch. Es bedeutete aber auch eine Chance für potenzielle zukünftige Stadträtinnen und Stadträte, also für Leute, die zwar Interesse an einer Mitarbeit hätten, aber wegen des momentanen wöchentlichen Sitzungsrhythmus die Kapazitäten nicht aufbringen können. Ich bitte um Zustimmung zu unserem Antrag.

Fraktionserklärungen

Ueli Haudenschild (FDP) für die FDP-Fraktion: Es handelt sich um einen weiteren Vorstoss zur Steigerung der Effizienz, der die Verlegung der Stadtratssitzungen von Donnerstagabend auf tagsüber Freitag und zudem eine Reduktion der Sitzungsdauer um mehr als fünfzig Prozent verlangt. Zwecks Reduzierung der Anzahl Sitzungen können wir auch in Zukunft nur noch vierzehntäglich tagen (wie der Vorschlag von Christoph Zimmerli und Michael Köpfli vorsieht) oder grundsätzlich nur noch am Nachmittag und die Abendsitzungen weglassen. So wird die Zielsetzung von weniger Sitzungen erreicht, ohne auf einen Arbeitstag auszuweichen.

Es ist zweifelhaft, dass weniger Sitzungen die Redezeiten reduzieren. Wir müssen nicht zwingend jeden Donnerstag zwei Sitzungen abhalten, aber auf der Traktandenliste finden sich Geschäfte, die wir mittlerweile seit drei Monaten vor uns herschieben. Dies wird durch eine zusätzliche Reduzierung der Sitzungszeit kaum besser. Einzig sicheres Rezept für kürzere Redezeiten wäre die konsequente Fertigbehandlung der Traktandenliste. Die Redezeiten würden so sicherlich kürzer, weil niemand jeden Donnerstag bis Mitternacht im Rat sitzen will. Solange wir Traktanden vor uns herschieben, wird sich nichts ändern, weder donnerstags noch freitags.

Für viele Berufstätige stellt ein ganzer Arbeitstag pro Monat – wobei zu befürchten ist, dass es eher zwei sein werden – keine Option dar, weil sie nicht jeden Monat ein oder zwei Tage freinehmen können. Auch müssen derartige Mammutsitzungen irgendwann vorbereitet werden, so benötigen wir vermutlich einen dritten Tag pro Monat für Fraktionssitzungen. Werden die Kommissionssitzungen ebenfalls tagsüber durchgeführt, beansprucht dies monatlich einen vierten Tag.

Zwecks Abbau der Traktandenberge ist dieser Vorschlag untauglich. Solange wir nicht selbst in der Lage sind, unsere Vorstösse und Redezeiten kurz zu halten, wird die Verschiebung auf einen andern Wochentag nichts bringen, sondern zusätzliche Probleme schaffen. Unsere Fraktion lehnt eine Verschiebung der Abendsitzungen in die Arbeitszeit klar ab. Als Kompromiss schlagen wir vor, nur noch alle vierzehn Tage am Donnerstag zu beraten. Wir sind ein Milizparlament und das wollen wir auch bleiben. Eine Voraussetzung dazu ist, dass die Sitzungen zu Randzeiten stattfinden und nicht während der Arbeitszeit. Im Vordergrund einer Effizienzsteigerung steht die Konzentration auf das Wesentliche, was mit einer Verschiebung der Sitzungstermine in die Arbeitszeit nicht zu erreichen ist.

Barbara Streit-Stettler (EVP) für die Fraktion GFL/EVP: Es ist schwierig, einen Parlamentsbetrieb effizient zu gestalten. In anderen Parlamenten wurde die Verkürzung der Redezeiten versucht oder die Parlamente wurden verkleinert, was bekanntlich aber nicht viel brachte.

Die von uns eingebrachte Idee zu mehr Effizienz im Parlament ist neuartig und auf das Stadtberner Parlament zugeschnitten. Das Übel wird damit an der Wurzel gepackt. Die hohe Anzahl an Vorstössen, die wir hier verarbeiten, lässt aufhorchen. Mitglieder anderer Parlamente glauben es kaum, wenn ich berichte, wie wir unsere Sitzungszeit verbringen.

Das hauptsächliche Problem ist, dass viele Vorstösse aus aktuellem Anlass eingereicht werden, also Vorstösse, die das Tagesgeschehen aufnehmen – etwas steht in der Zeitung und flugs wird dazu ein Vorstoss eingereicht. Unserer Fraktion liegt daran, den Stadtrat von den Tagesgeschäften wegzulenken, damit er sich wieder auf die eigentlichen Aufgaben zu konzentrieren beginnt: Es geht darum, als Legislative strategische Entscheide zu fällen, die nachhaltig sind. Budget und Rechnung sind gründlich zu durchleuchten. Das Budget muss am richtigen Ort verändert und nicht einfach durchgewinkt werden, wie in den letzten Jahren geschehen.

Es ist wichtig, den Sitzungsrhythmus zu verändern und nicht nur die Sitzungszeit zu verkürzen, wie es FDP und GLP vorschlagen. Dadurch würden weniger Leute von einer Tätigkeit im Stadtrat ausgeschlossen. Grossrat und Nationalrat tagen im Sessionsrhythmus, ohne dass jemand das ungerecht findet.

Zum Antrag: Wir sind weder mit Ziffer 1 noch Ziffer 2 im Vortrag des Büros glücklich. Ziffer 1 birgt die Gefahr, dass die gute Idee wegen eines Details verworfen und auf die lange Bank geschoben wird. Ziffer 2 ist zu vage. Es besteht die Gefahr, dass am Schluss etwas ganz anderes entsteht, als wir beabsichtigten. Mit unserem Änderungsantrag bieten wir einen Kompromissantrag, den wir Sie zu unterstützen bitten. Heute soll ein Grundsatzbeschluss gefasst werden, welcher der AK einen Rahmen vorgibt. Sie kann die erforderlichen Details ausarbeiten und wir beschliessen im Stadtrat später endgültig darüber.

Béatrice Wertli (CVP) für die Fraktion BDP/CVP: Der Stadtrat von Bern ist ein Parlament mit hoher Fluktuation. Im Vergleich mit anderen Stadtparlamenten weist er vielleicht sogar die höchste Fluktuation auf. Laut einem im Bund veröffentlichten Interview mit Ueli Haudenschild liegt der Grund dafür im hohen Aufwand, ein Stadtratsmandat nimmt bis zu einem Zwanzig-Prozent-Pensum in Anspruch. Kein anderes Parlament tagt so oft und so lange wie der Berner Stadtrat. In allen Fraktionen kam es vor, dass gewählte Parlamentarierinnen und Parlamentarier ihr Amt wieder zur Verfügung stellten, weil sie den zeitlichen Aufwand nicht erbringen konnten. Es gibt auch Personen, die sich aufgrund des intensiven zeitlichen Engagements für eine Kandidatur nicht zu Verfügung stellen.

Es braucht eine Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Politik. Mit einer Anpassung des Sitzungsrhythmus kommen wir diesem Ziel näher. Wir wollen ein Parlament, das unsere Bevölkerung vertritt. Eine Anpassung des Sitzungsrhythmus wird es vielen Personen erst ermöglichen, sich in der Stadtpolitik zu engagieren.

Unser Antrag ist ausformuliert und sofort umsetzbar. Das zuständige Gremium ist der Stadtrat. Unsere Fraktion beabsichtigt, dass wir heute darüber befinden. Wir sind mit der Prüfung des Antrags durch die AK einverstanden, nachdem der Stadtrat entschieden hat. Wir sind bereit, den ursprünglichen interfraktionellen Antrag dem GFL/EVP-Antrag entsprechend zu ändern und zurückzuziehen. Dieser Antrag soll dem Status quo gegenübergestellt werden.

Die Reduktion der Traktanden trägt tatsächlich zu mehr Effizienz bei. Vorstösse bilden die häufigsten Traktanden. Laut dem bereits zitierten Interview reichte die FDP die zweitmeisten Vorstösse ein. Dort sollte man den Hebel ansetzen.

Stéphanie Penher (GB) für die Fraktion GB/JA!: Unsere Fraktion ist im Grundsatz mit allen Antragstellenden einverstanden. Einige unserer Fraktionsmitglieder unterzeichneten den Vorstoss, der monatliche Sitzungen vorsieht, auch mit. Andere Fraktionsmitglieder sind skeptisch, dass eine monatliche Sitzung die Parlamentsarbeit effizienter mache. Deshalb schlugen sie bereits bei der Erstdiskussion innerhalb der Fraktion vor, dass der AK auch ein Zweiwochenrhythmus zur Überprüfung vorzulegen sei. Wir sprechen uns klar für mehr Effizienz im Parlament durch Anpassung des Sitzungsrhythmus aus. Ob ein vierzehntäglicher oder ein monatlicher Sitzungsrhythmus der richtige ist, wollen wir aber nicht heute festlegen. Wir hoffen auf Zustimmung zum umfassenden Antrag des Büros des Stadtrats. So werden Grundlagen erarbeitet, die dem Stadtrat später zur Entscheidung vorgelegt werden. Flankierende Massnahmen sind aber miteinzubeziehen. Es geht nicht an, dass mit einem anderen Sitzungsrhythmus beispielsweise die Schneeräumung im Hochsommer diskutiert wird. Es wäre zu überlegen, ob Interpellationen weiterhin diskutiert werden sollten. Um Tagesaktualitäten zu diskutieren, besteht die Möglichkeit, die Diskussion aus aktuellem Anlass zu verlangen. Die AK soll beide Varianten überprüfen. Im Grundsatz sind wir für eine Änderung des Sitzungsrhythmus.

Robert Meyer (SD) für die Fraktion SVPplus: Der Vorstoss bringt einen wesentlichen Einschnitt in die Parlamentsarbeit. Bei ausgiebiger Diskussion gelangte unsere Fraktion zu folgenden Überlegungen: Grundsätzlich wird ein berechtigtes Anliegen aufgenommen. Verglichen mit anderen Städten ist Bern mit wöchentlich vier Stunden Sitzung am oberen Limit. Eine Kürzung wirft aber einige Fragen auf: 1. Zu der Variante, die monatliche Sitzungen tagsüber an einem Freitag vorschlägt: Dies ist problematisch, mitunter sogar diskriminierend, weil es nicht jedem Arbeitstätigen möglich ist, freizunehmen (zum Beispiel Selbstständigen oder Lehrern). 2. Die Kürzung um die Hälfte erscheint in Anbetracht der vielen anstehenden Geschäfte übertrieben. Die Kürzung um ein Viertel, also statt vier Stunden Sitzung nur drei Stunden, ist vernünftiger. 3. Die Frage der Aktualität spricht ebenfalls gegen den monatlichen Sitzungsrhythmus. Die Möglichkeit, dringende Debatten zu aktuellen Themen zu führen, muss gewährleistet bleiben. 4. Die Rolle des Parlaments gegenüber dem Gemeinderat darf nicht geschwächt werden.

Im Sinne eines vernünftigen Entschlusses in einer einschneidenden Sache wollen wir heute Abend keinen definitiven Entscheid zu einer der verschiedenen Varianten fällen. Die Sache soll vorerst im offenen Rahmen der AK zugewiesen werden. Falls Sie sich doch bereits heute auf eine der Varianten festlegen, stellt unsere Fraktion den Eventualantrag: Der Stadtrat soll weiterhin einmal wöchentlich am Donnerstagabend, neu von 19 Uhr bis 22.30 Uhr tagen. Das sind drei Stunden am Stück, mit dem Vorteil, dass das Nachtessen vorher eingenommen werden kann und Berufstätige ihren Arbeitsplatz nicht frühzeitig verlassen müssen.

Die Frage der Geschäftsbelastung des Ratsbetriebes erfordert Konsequenzen. Im letzten Jahr verzeichneten wir einen Anstieg von 200 auf 300 Vorstösse. Es ist fraglich, inwiefern eine achtstündige Beratung zum Schulreglement mit Effizienz zu tun hat. Die vergangene Budgetdebatte stellt diesbezüglich einen Tiefpunkt in der Parlamentsarbeit dar. Dazu mein Vorschlag, diese in Zukunft, beginnend am Morgen, innerhalb eines Tages durchzuziehen.

Das Geschäft sollte zur gründlichen Überprüfung an die AK gelangen. Sollten Sie sich dagegen entscheiden, halten wir wöchentliche Sitzungen von 19 Uhr bis 22.30 Uhr für angebracht.

Der Vorsitzende *Urs Frieden*: Dies ist so zu verstehen, dass es sich um einen Eventualantrag handelt, falls es beim wöchentlichen Sitzungsrhythmus bleibt. Sollte heute ein monatlicher Sitzungsrhythmus beschlossen werden, würde dieser obsolet.

Für die Antragsteller *Christoph Zimmerli* (FDP): Die meisten Mitglieder dieses Stadtparlaments halten den heutigen Zustand für wenig befriedigend. Darin sind wir mit der Analyse von Leyla Gül einverstanden. Durch mein kleines politisches Engagement bin ich an drei bis vier Abenden pro Woche beschäftigt, als Familienvater mit drei kleinen Kindern kann ich diesen Aufwand langfristig nicht erbringen. Das ist nicht miliztauglich! Das heutige System schliesst einen grossen Anteil der Bevölkerung aus, beispielsweise Mütter ohne Betreuungsmöglichkeiten oder Leute mit anstrengenden Jobs.

Unbefriedigend sind sowohl die Beratung vieler Geschäfte, für die wir gar nicht kompetent sind, weil die Zuständigkeit woanders liegt, als auch die Selbstbeschäftigung durch viele Vorstösse. Nach meiner Zählung machen die Geschäfte, die Vorstösse aus dem Rat selbst sind, etwa achtzig bis fünfundachtzig Prozent aus.

Der interfraktionelle Antrag birgt die Problematik, dass er die Arbeitszeit tangiert. Besonders für jüngere Angestellte, zum Beispiel Studentinnen und Studenten mit Nebenerwerb, wird es schwierig, wenn mindestens zwölf Arbeitstage pro Jahr wegfallen. Unser Abänderungsantrag schlägt vierzehntägliche Sitzungen vor, beginnend nach der Arbeitszeit um 17.30 Uhr. So können alle Berufstätigen ihrer Arbeit nachgehen und das politische Engagement nimmt bloss

noch die Hälfte der Zeit in Anspruch. Die Fraktionssitzungen müssten auch nur noch alle zwei Wochen stattfinden, so würde der Rhythmus insgesamt etwas verlangsamt.

Folgende Anregung zum Abstimmungsverlauf: Sollten wir uns heute Abend nicht auf eine Variante einigen, sollte das Geschäft an die AK zurückgehen. Die AK soll eine Gesamtübersicht erstellen und die verschiedenen Versionen prüfen. Wir wollen heute nicht einzelne Varianten ausschliessen, sodass wir dann faktisch nur noch über eine nicht befriedigende Einzelvariante abstimmen können.

Claude Grosjean (GLP) für die GLP-Fraktion: Selten betrifft uns ein Antrag so unmittelbar wie diese Frage nach dem Sitzungsrhythmus. Zugleich ist es ein politischer Entscheid in Reinkultur, weil jeder seine eigenen Präferenzen mitbringt. Hier sollte jedes einzelne Mitglied die Lösung unterstützen, die seinem Bedürfnis entspricht und nicht der Fraktion folgen. In unserer Fraktion waren wir unterschiedlicher Ansicht.

Im Zuge der Entwicklung der letzten Jahrzehnte in der politischen Landschaft der Schweiz verschoben sich immer mehr Kompetenzen zum Bund, sie liegen weniger bei den Kantonen und kaum noch bei den Gemeinden. Auf der Kommunalebene haben wir praktisch keine Legislativfunktionen mehr. Im Verlauf des letzten Jahres bearbeiteten wir das Stadtrats- und das Schulreglement. Das waren die einzigen legislatorischen Tätigkeiten (also der Kernbereich einer Legislative), alles andere ist „Beigemüse“. Es geht um eine Verwesentlichung der Parlamentsarbeit. Dies bedeutet, die Schraube anzuziehen und weniger Sitzungen abzuhalten. Wenn es ein Dreivierteljahr dauert, bis ein Vorstoss zu den Singvögeln behandelt wird, sinkt der Anreiz, derartige Vorstösse einzubringen. Bis sich das einpendelt, wird es einige Zeit dauern. Die Veränderung können Sie heute einleiten, indem Sie Ja sagen zu der Lösung, die Sie persönlich bevorzugen, seien dies monatliche oder zweiwöchentliche Sitzungen. Ich bevorzuge die vierzehntägliche Lösung, denn diese gewährleistet eine gewisse Kontinuität im ganzen System. Ein einziger Tag pro Monat wird in der jeweils vorangehenden Woche die Politik zum Vollzeitjob steigern. Dann wird während eines ganzen achtstündigen Tages zusammengesessen, wodurch ein Überdruß entsteht, sodass man die Politik für die folgenden zwei Wochen liegen lässt. Dagegen hält einen die Lösung mit abwechselnd einmal pro Woche Fraktions- oder Stadtratssitzung in stetiger Bewegung, aber ohne die gewohnte Hektik. Die Tendenz, den Tagesaktualitäten nachzujagen, würde dadurch gebremst. Über die Flut an Vorstössen darf man sich für die unmittelbare Zukunft keine Illusionen machen, aber mittelfristig wird der Ratsbetrieb von der Änderung profitieren. Sollte heute keine Einigung erzielt werden, ist das Geschäft an die AK zu überweisen. Die bestehende Situation muss aber eine Veränderung erfahren.

Einzelvoten

Vinzenz Bartlome (BDP): Effizienz ist eine Folge von Selbstdisziplin, stellte Ueli Haudenschild als abtretender Stadtratspräsident fest. Jeder kann Selbstdisziplin aber nur bei sich selbst üben. Und nicht jeder – auch nicht in diesem Parlament – kann und will sich selbst zurücknehmen. Ist der Konsens über Gehöriges und U Gehöriges so klein geworden wie heute, braucht es Regelungen.

Der Aufwand dieses Parlaments ist, im Vergleich mit anderen Gemeindeparlamenten und bezogen auf dessen politische Möglichkeiten, gewaltig. In dieser ganzen Debatte lieferte dafür noch niemand eine plausible Erklärung. In der Presse wurde verbreitet, es liege an den neuen Fraktionen, dass sich der Ratsbetrieb so in die Länge zieht. Dagegen verwahre ich mich. Wir erwägen immer sehr ernsthaft – und zum Unverständnis einiger Kollegen auch ohne politische Rücksichten –, ob wir die Diskussion gewähren oder nicht. Wir überlegen uns sehr genau, ob

jemand aus unserer Fraktion ans Rednerpult geht und ob wir wirklich etwas zu sagen haben, das nicht schon von anderer Seite in die Diskussion eingebracht wird.

Es liegt bestimmt nicht an den neuen Fraktionen. Wer das politische Geschehen verfolgt, weiss, dass ausufernde Debatten nicht erst seit dem Januar 2009 vorkommen. Vielmehr handelt es sich um eine Entwicklung, die durch die jahrelange politische Polarisierung in diesem Parlament gefördert wurde – nicht zuletzt, weil in dieser Zeit der parlamentarische Anstand und der gegenseitige Respekt allmählich Schaden nahmen.

Zu den fünf vorliegenden Vorschlägen: 1. Da gibt es eine fertig ausgearbeitete Vorlage, die sofort in Kraft gesetzt werden kann. Sie sieht vor, unsere Arbeit auf einen Tag im Monat zu konzentrieren. 2. Der Antrag der Fraktion GFL/EVP will den Grundsatzentscheid für monatliche Sitzungen heute fällen, aber das Feintuning bleibt der AK überlassen. 3. Der Vorschlag des Büros will sich um den Entscheid drücken und ihn lieber der AK zuschieben. 4. Der Antrag von FDP und GLP sieht weiterhin nächtliches Tagen vor und bedeutet somit nur eine halbe Reform. 5. Der neue Antrag der SVP sieht mit der Streichung der Nachmittagssitzungen eine Viertelreform vor.

Verständlicherweise fürchten einige den Verlust der wohligen parlamentarischen Nestwärme und zweifeln deshalb an der Funktionsfähigkeit des neuen Systems. Sie ziehen eine möglichst lange Warteschlange vor, in der Hoffnung, das Problem erledige sich in einer langen allgemeinen Debatte von selbst.

Jeder dieser Vorschläge ist besser als der Status quo. Ich bin überzeugt, dass ein klarer Bruch mit dem bisherigen System nötig ist. Zu oft diskutieren wir über Gegenstände, die nicht in der Kompetenz des Rates liegen, und behandeln Vorstösse, die sich längst erledigt haben. Eine Verwesentlichung unserer Arbeit erreichen wir nur, indem wir darauf verzichten, uns wie eine Nebenregierung aufzuführen und jede Zuckung der Tagespolitik mit sieben Vorstössen zu kommentieren. Der Übergang zum Prinzip der monatlichen Sitzungen wird den Bruch mit diesen schlechten Gewohnheiten bringen.

Wer nichts ändern will, muss wissen, dass dieser Vorschlag für eine kleine aber wichtige Reform des Stadtparlaments die Rechte der Fraktionslosen am besten berücksichtigt. Durch andere Ideen, wie beispielsweise ein Quorum für die Überweisung von Vorstössen oder die Verkleinerung des Stadtrats, würden sie viel stärker tangiert.

Der Vorsitzende erinnert den Redner an die abgelaufene Redezeit.

Am Vorschlag der FDP/GLP erstaunt, dass unter Ihnen zahlreiche Leute sind, die in diesen Tagen für den Grossen Rat kandidieren. Offenbar steht Ihnen die Zeit dazu zur Verfügung, aber nicht für das Stadtparlament. Die Effizienz, das stimmige Verhältnis von Aufwand und Ertrag, ist entscheidend, ob man sich für dieses Parlament zur Verfügung stellt.

Rolf Zbinden (PdA): Es wird eng für das Parlament, wenn Parlamentarier andere Parlamentarier als Schwätzer beschimpfen. Wenn Vorstossverliebte andere Vorstossverliebte vorstossverliebt schimpfen, wird es eng für Diskussionen. Wenn Effizienz zum Mantra wird, wird es eng für die öffentliche Debatte. Es stellen sich unabwendbar die entscheidenden Fragen: Wer entscheidet über Wert und Unwert des hier Vorgetragenen? Wer profitiert von der Beschränkung der parlamentarischen Aussprache? Die stillen Schafferinnen und Schaffer, die Zurückhaltenden, die Bescheidenen oder die Diskreten, die Einflussreichen, die Mehrheitsfähigen, vielleicht auch schlicht die Mächtigen? Die Frage ist nicht harmlos: Wem steht die bewertende Entscheidung zu, ob ein Vorstoss oder eine Wortmeldung legitim oder äusserungswürdig ist? Es geht um Legitimität und nicht um politischen Geschmack. Wer definiert, welches Wort das Wort zu viel ist? Während der vergangenen drei Jahre erlebte ich eine stattliche Anzahl Versuche, den Stadtratsbetrieb zu rationalisieren bzw. die Debatten abzukürzen. Die spürbaren Resultate fühlen einzig die minoritären Stimmen. Ihre Chancen, zu Wort zu kommen, sind merkbar gesunken. Als Fraktions- und Vogelfreier und Vertreter einer kleinen Partei scheine

ich zu den letzten Mohikanern der parlamentarischen Auseinandersetzung zu gehören, der parlamentarischen Ineffizienz mithin. Was brachten diese Effizienz- und Rationalisierungsübungen in den vergangenen Jahren dem Ratsbetrieb, ausser viel Aufregung, Unruhe, Verunsicherung und einem Quäntchen Komik? Haben Sie auf dem Effizienztrip denn beispielsweise aus der letzten Budgetdebatte nichts gelernt? Da waren Sie aus Gründen der Effizienz auf dem besten Weg, das ganze Geschäft in den Sand zu fahren. Die Tatsache, dass Sie schliesslich meinem Antrag auf sofortige Abstimmung folgten, ersparte uns einen Rekurs und verdarb Thomas Fuchs auf der Tribüne den Feierabend. Offensichtlich führte das aber nicht zu einem Bewusstseinswandel, immer wieder spielt sich dasselbe Muster ab. Immer wieder zeigt sich dieser Glaube, dass sich mittels Tricks und reglementarischen Massnahmen die politische Auseinandersetzung aushebeln liesse. Am 17. September 2009 liess Thomas Fuchs die Ohren hängen. Heute haben Sie es in der Hand, seiner SVP zu einem grossen und billigen Sieg zu verhelfen. Seine Propaganda gegen die Classe politique bekäme tüchtigen Auftrieb und sachliche Rechtfertigung: Die Verschiebung der Stadtratssitzungen vom Feierabend an Donnerstagen auf einen Werktag freitags ist ein starkes Zeichen, das scheinbar nur in diesem Saal nicht gelesen werden kann. Wer eine derart einschneidende Veränderung des GRSR in die Wege leiten will, sollte sich mindestens um eine kohärente Begründung bemühen. Dies bedingte aber eine Entscheidung zwischen Effizienzrhetorik und Freizeitdiskurs, denn eine natürliche und logische Verbindung beider Argumentationsweisen ist für Uneingeweihte nicht leicht erkennbar. Das strahlt nicht unbedingt Seriosität und Vertrauenswürdigkeit aus. Die PdA Bern bekämpft alle Einschränkungen der demokratischen Einflussmöglichkeiten, Einsprache- und Mitbestimmungsrechte. Die Änderung des GRSR wäre ein deutliches Zeichen der Ausgrenzung ganzer Bevölkerungsschichten. Es wäre ein Votum für weitere Spezialisierung und Monopolisierung der politischen Mitwirkung und Kontrolle. Wir haben hier nicht persönliche Befindlichkeiten und Bequemlichkeiten zu pflegen, sondern müssen den politischen Auftrag unserer Wählerinnen und Wähler umsetzen und ihm Geltung verschaffen. Jede und jeder tut dies auf eigene Art, es soll auch für alle möglich sein und zwar an einem Abend nach der Arbeit.

Luzius Theiler (BPB-DA): Solange ich mich an den Stadtrat erinnere, wird über Überlastung, die Flut an Vorstössen, zu lange Sitzungen usw. gejammert. Unabhängig von der heutigen Entscheidung müsste die Schlachtung einer heiligen Kuh angegangen werden, indem der Stadtrat nicht mehr als reines Milizparlament begriffen wird. Obwohl ein Grossteil unter uns politisch für anständige Arbeitsbedingungen und Entlohnung kämpft, beuten wir uns selbst aus, indem wir diese zeitintensive Arbeit, die Qualifikationen, Einsatz und Herzblut erfordert, für ein Trinkgeld leisten. Obwohl es unpopulär sein mag: Dieser Zustand bedarf einer Änderung. In den Klagen über zu lange Sitzungszeiten und zu viel Aufwand entlädt sich die allgemeine Frustration darüber, dass man so viel Einsatz leistet, für den man sehr wenig erhält. Wieso sollte all die Arbeit bloss um des Dankes willen und wegen der immateriellen Anerkennung geleistet werden? Dieses Problem bedarf einer Lösung. Die Vorschläge, über die wir heute diskutieren, haben damit nur indirekt zu tun.

Ich beantrage Ihnen die Ablehnung aller Vorschläge, denn eine wichtige Frage entbehrt immer noch der Antwort: Wie kann dasselbe Pensum in der halben Zeit erledigt werden? Beide Vorschläge, Ganztagesitzung und Vorschlag GFL/EVP, bedeuten die Reduktion der Sitzungszeit von monatlich sechzehn auf acht Stunden – und dies trotz der Warteschlange von ungefähr hundertfünfzig behandlungsreifen, aber unerledigten Geschäften. Wollen Sie diese Zahl denn ins Unermessliche wachsen lassen? Oder hoffen Sie darauf, dass sie sich im Laufe der Zeit von selbst erledigen? Dem könnte die von Ueli Haudenschild eingebrachte Lösung abhelfen, mit zwei wöchentlichen Sitzungen von zur Erledigung aller hängigen Geschäfte erforderlicher Dauer. Dass wir über ausreichende Ausdauer verfügen, um bis 3 Uhr morgens zu

tagen, haben wir anlässlich der Budgetdebatte bewiesen. Das könnte oftmals nötig werden, wollen Sie das wirklich? Gegenüber den vorliegenden Vorschlägen macht der heutige Sitzungsrhythmus mehr Sinn; es sei denn, Sie wagen einen radikalen Bruch und verstehen sich nicht mehr als Milizparlament. Ein Stadtrat mit hauptberuflichen Parlamentarierinnen und Parlamentariern würde sich ganztätig, mehrmals im Monat versammeln. Das kann aber nicht während einer laufenden Legislaturperiode geändert werden, denn die Leute, die kandidierten, nahmen das Amt unter bestimmten Spielregeln an. Wie Robert Meyer bemerkte, laufen all diese Vorschläge auf eine Schwächung des Parlaments gegenüber der Exekutive und der Verwaltung hinaus. Die stetige Ausbreitung eines Exekutivstaates widerspiegelt den Zeitgeist.

Jimmy Hofer (parteilos): Betrachtet man den Aufwand an Mitteln und die Buhlerei, die im Wahlkampf zur Erlangung eines Amtes im Stadtrat eingesetzt werden, ist das Klagen über den zu grossen Aufwand sehr erstaunlich. Auch mein Aufwand ist gross, er beträgt bis zu zwei Tage pro Woche. Aber nachdem ich gewählt worden bin, kann ich mich nicht unter dem Vorwand, der Aufwand sei zu gross, einfach verabschieden. Stattdessen muss man dieses Pensum in Kauf nehmen.

Der Stadtrat stellt ein wichtiges Forum zur Darstellung von Denkweisen dar; man lernt hier die Argumente der Andersdenkenden kennen. Die Alternative wäre ein stadtratsinterner Chatroom, wo alle ihre Meinungen darlegen könnten. Zum Durchlesen der ganzen Informationen wäre aber ein ebenso grosser Zeitaufwand vonnöten. Es geht einfacher, hier zu sitzen und zuzuhören. Die vorliegenden Anträge bringen vor allem den Einzelvertretern und kleinen Parteien Nachteile. Während die grossen Parteien andere Möglichkeiten finden, um sich zu produzieren, bietet der Stadtrat für die Kleinen oftmals die einzige Gelegenheit, um sich kundzutun. Für sie stellen Vorstösse die einzige Möglichkeit dar, etwas zu bewirken.

Die Anwesenheitsprämie finde ich überdenkenswert. Deshalb erweitere ich die Flut der Anträge mit einem Antrag auf Verdoppelung der Sitzungsgelder für die Ratsmitglieder.

Jacqueline Gafner Wasem (FDP): Die Wurzel des Wortes Parlament ist italienisch „parlare“, reden. Wenn wir nicht mehr zusammen reden wollen, müssen wir gar nicht erst zusammenkommen. Über das ungünstige Verhältnis von Aufwand und Ertrag, worunter die erzielten Wirkungen und das an die Basis Gelangende zu verstehen sind, besteht wohl Einigkeit. Wir haben ein Problem. Im Sinne einer Lösung sind die Ursachen eines Problems zu klären. In dieser Diskussion und in den verschiedenen Vorstössen fehlt eine saubere Problemanalyse. Einzelne Vorredner warfen Stichworte in dieser Richtung in die Debatte. Christoph Zimmerli erwähnte, nach seiner Einschätzung handle es sich bei achtzig bis fünfundachtzig Prozent der hier behandelten Geschäfte um Vorstösse. Claude Grosjean machte auf die Kompetenzverschiebung zwischen den drei Staatsebenen aufmerksam. Nach meiner Auffassung müssen wir uns darüber Gedanken machen, was die Rolle des Parlamentes in der Stadt Bern heute ist und welche Rolle ihm zukommen sollte. Die Tatsache, dass wir teilweise Sitzungen abhalten, die ausschliesslich aus parlamentarischen Vorstössen bestehen, – während die heutige Sitzung mit den Traktanden 1 und 6 immerhin zwei Sachgeschäfte beinhaltet –, ist Ausdruck davon, dass dem Parlament originäre Kompetenzen und Zuständigkeiten eigentlich fehlen. Das grenzt fast an Beschäftigungstherapie, jedenfalls sorgen wir alle dafür, dass die Traktandenliste nicht eines Tages leer bleibt. Ich plädiere dafür, dass wir uns darüber Gedanken machen, ob die Kompetenzverteilung zwischen dem Souverän, der Exekutive und der Legislative in dieser Stadt richtig ist. Dieses Parlament sollte wieder mehr und echte Kompetenzen erhalten. So würden wir davon entbunden, ständig neue (und teilweise unnötige) Vorstösse zu bringen. Die vorliegenden Forderungen nach mehr Effizienz bedeuten bloss Kosmetik. Man kratzt damit bestenfalls an der Oberfläche, das Problem wird damit nicht gelöst. Die AK sollte

sich des Problems annehmen. Lehnen Sie diese Vorstösse ab und machen Sie einen neuen Vorstoss, der wirklich auf die Beseitigung der Ursachen des Problems abzielt.

Bernhard Eicher (JF): Das Votum von Rolf Zbinden hat mich restlos begeistert. Viele der Rednerinnen und Redner machten zwar eine gute Problemanalyse, zogen daraus aber die falschen Schlussfolgerungen. Ich nenne zwei Hauptprobleme, die in der Parlamentsarbeit für die Stadt Bern zu Frustrationen führen: Das Setzen falscher Schwerpunkte im Parlament und die Abwicklung der falschen Vorstösse.

Oftmals entsteht das Gefühl, dass wir zu lange über unwichtige Dinge diskutieren und andere, die wichtig wären, zu schnell durchgewinkt werden. Das zeigt das Beispiel des Budgets. Wir hatten für das Budget über einen halben Tag reserviert, aber noch immer gibt es Fraktionen, die der Meinung sind, wir hätten uns damit zu wenig befasst. Falls Sie das Gefühl haben, sie hätten zu viel durchgewinkt, sei Ihnen eine vertiefende kritische Beschäftigung innerhalb der Fraktion empfohlen. Unsere Fraktion erarbeitete ein Alternativbudget. Als Fraktion oder einzelner Parlamentarier ist man für die Setzung von Schwerpunkten selbst verantwortlich. Die Verlegung der Sitzung auf einen Freitag hilft dagegen nicht: Mit falsch gesetzten Schwerpunkten können wir uns in gewohnter Weise während vierstündigen Sitzungen beschäftigen, dazu sind auch drei Stunden hinreichend. Es liegt an uns selbst, die Schwerpunkte richtig oder falsch zu setzen. Ein veränderter Sitzungsrhythmus ändert daran nichts.

Vorstösse basieren oftmals auf Tagesaktualitäten. Wenn sie nach monatelanger Frist behandelt werden, wirkt dies frustrierend. Auch das wird durch einen veränderten Sitzungsrhythmus nicht verhindert. Um in den Medien zu erscheinen, schreibt man einen Vorstoss besser direkt an die Zeitung, statt auf die Stadtratssitzung zu warten, um damit in den Medien zitiert zu werden. Die Leute mit Köpfchen werden weiterhin ihre Vorstösse vorgängig den Medien mitteilen und sie nachträglich im Stadtrat einbringen. Wir werden die weniger werthaltigen Vorstösse auch weiterhin behandeln müssen. Rolf Zbinden warf bereits die Frage auf, wer denn über die Wichtigkeit von Vorstössen entscheidet.

Die Belastung im Parlament ist tatsächlich gross. Die Aufgabe eines Parlaments besteht aber darin, die Anliegen und Probleme der Bevölkerung zu diskutieren. Durch unsere bunte Zusammensetzung versammeln wir hier verschiedene Meinungen. Demgemäss werden die Auffassungen darüber, was wichtig ist und was nicht, auseinandergehen. Da werden wir nie den Konsens finden. Das Kürzen der Sitzungszeit beschneidet den Grundauftrag des Parlaments, die Anliegen der Bevölkerung angemessen zu diskutieren. Dessen Erfüllung erfordert Ausdauer und Geduld, auch zur Bewältigung vieler Diskussionen, die man selbst vielleicht nicht für werthaltig erachtet, die aber für andere Parlamentarierinnen und Parlamentarier wichtig sind.

Wer diesen Aufwand nicht erbringen will, sei daran erinnert, dass Sie für dieses Amt gewählt wurden und andere Bewerber dafür zur Verfügung stehen. Wem die parlamentarische Arbeit wichtig ist, handelt nach dem Motto: Zeit hat man nicht, sondern man nimmt sie sich.

Erich J. Hess (JSVP): Unsere Hauptaufgabe besteht nicht darin zu reden, sondern darin, kurz zu reden und zu beschliessen. Da fühlen sich einige Fraktionen betupft, während wir von der SVP es wohl verstehen, komplexe Themen in kurzen Worten sachlich gut zusammenzufassen. Fehlt einem aber der Durchblick, macht man lange Ausschweifungen, dagegen bedarf es einer Einschränkung der Redezeiten. Die Verlegung der Sitzungen auf den Freitag kommt für mich nicht infrage. Dem Vorschlag von Robert Meyer, die Donnerstagssitzungen von 19 bis 22.30 Uhr zu komprimieren, kann ich mich anschliessen. In meinem Beruf als Chauffeur bedeutet der frühe Sitzungsbeginn, dass ich donnerstags nicht arbeiten kann. Mit Rücksicht auf all die anderen Berufstätigen ist die Verlegung auf den Freitag, während der regulären Arbeitszeit, abzulehnen.

Zum Antrag von Jimmy Hofer: Leider sitzen hier nicht nur so gute Politiker wie die Vertreter der SVP. Die Qualität unseres Parlaments, besonders auf der linken Seite, ist schlecht, denn Sie geben viel mehr Geld aus, als eingenommen wird, und versuchen stets neue Steuern, Gebühren und Abgaben vom Stimmvolk einzufordern. Bei dieser schlechten Geschäftsführung lässt sich eine Erhöhung der Sitzungsgelder nicht rechtfertigen. Hätten wir einen tiefen Steuersatz, führen wir alljährlich Gewinne in Millionenhöhe ein und wären die Schulden zurückbezahlt, könnten wir die Verdoppelung der Anwesenheitsprämien für Stadtratsmitglieder in Betracht ziehen.

Peter Bühler (SVP): Während meiner zwölf Jahre im Parlament hörte ich bereits manche derartige Diskussion. Sie brachten alle nichts, sondern bewirkten vielmehr das Gegenteil. Wenn derjenige, der am meisten für Effizienz und Kürzungen plädiert, die Redezeit überstrapaziert, läuft mit der Kommunikation offensichtlich etwas falsch.

Sinn und Zweck eines Parlaments aus gewählten Volksvertretern bestehen im Auftrag, die Anliegen der Wählerinnen und Wähler zu vertreten und dafür zu kämpfen. Jetzt wird zur Verweigerung von Diskussion und Debatte aufgerufen. Wir befinden uns hier aber nicht in einem Gerichtssaal. Wir sind nicht die Justiz, sondern die Legislative. Wir haben klar den Auftrag, die eingehenden Geschäfte zu betrachten, in den Kommissionen zu erörtern und im Rat zu diskutieren, um Entscheide zu treffen. Wenn Sie Diskussionen verweigern und Debatten abschaffen wollen, können wir uns auflösen. Wir können sämtliche Geschäfte an den Kanton abgeben, wie beispielsweise die Polizei oder die ewb, dann steht der Donnerstagabend wieder zur freien Verfügung. Sollte die Auflösung das Ziel sein, könnten wir diese gleich heute beschliessen.

Ich zitiere den deutschen Ex-Bundeskanzler Helmut Schmidt, der sagte, Politik beinhalte die Regelung öffentlicher Angelegenheiten, Intrigen und Machtspiele seien die Zugaben. Wir vertreten das Volk. Es mag sein, dass die linke Seite diesen Auftrag nicht so wichtig nimmt, wie wir das tun.

In den letzten Jahren wurde zunehmend mehr Macht an den Kanton abgetreten. Sachen wie BernMobil, die durchaus im Einflussbereich der Stadt liegen müssten, wurden an den Kanton abgeschoben. Bei anderen Dingen räumte man dem Gemeinderat mehr Kompetenzen ein. Derart sägen wir uns als Parlamentarier den eigenen Ast ab, das stand auch in der Zeitung zu lesen. Mit jeder Kürzung und jedem Vorstoss zu angeblicher Effizienz legen wir uns Steine in den Weg. Ein aufgelöstes Parlament spart dem Steuerzahler zwar Geld, aber die Umsetzung eines Wählerauftrags muss dann abgeschrieben werden.

Vinzenz Bartlome (BDP): Es geht hier nicht um unsere Befindlichkeit oder um die Regelung unserer Wünsche. Vielmehr geht es um die Zukunft unseres Parlaments, das ist Thema dieser Debatte.

Der Vorsitzende *Urs Frieden:* Der auf der Tischvorlage ausgeführte Abstimmungsablauf erfährt folgende Änderung: Der unter Punkt 2 aufgeführte interfraktionelle Antrag wurde zurückgezogen. Der obsiegende Antrag wird dem umfassenden Antrag des Büros gegenübergestellt. Zum Schluss steht, wie unter Punkt 4 vorgesehen, der obsiegende Antrag gegen den Status quo. Zum wöchentlichen Rhythmus liegt der Eventualantrag von Robert Meyer vor. Neu ist über den Antrag von Jimmy Hofer zu beschliessen.

Beschluss

1. Der Antrag Zimmerli/Köpfli obsiegt dem Antrag GFL/EVP (41 Zimmerli/Köpfli, 24 GFL/EVP).

2. Der Antrag Zimmerli/Köpfli obsiegt dem Eventualantrag SVPplus (48 Zimmerli/Köpfli, 16 SVPplus, 2 Enthaltungen).
3. Der Stadtrat lehnt den Antrag Hofer ab (21 Ja, 32 Nein, 14 Enthaltungen).

Der Vorsitzende *Urs Frieden*: Der nächste Beschluss stellt den obsiegenden Antrag Zimmerli/Köpfli dem Antrag des Büros gegenüber. Der Antrag des Büros des Stadtrates beinhaltet, dass die AK mit dem gesamten Komplex betraut wird, also einen umfassenden Auftrag, selbstverständlich in Kenntnisnahme der heutigen Debatte und der Resultate der heutigen Abstimmungen. Ich verweise auf die Formulierung unter Punkt 3 der Tischvorlage zum Abstimmungsablauf.

AK-Präsident *Hans Peter Aeberhard* (FDP): Laut Beschluss in der AK erfolgt von unserer Seite keine Stellungnahme zum Ganzen, da der Ausgang der heutigen Debatte im Voraus nicht bekannt sein konnte. Nachdem sich nun aber abzeichnet, in welche Richtung die Abstimmungen weisen, äussere ich als Kommissionspräsident meine Bedenken: Es wird nicht besser werden, wenn die AK das Geschäft behandelt und wieder verschiedene Varianten in den Rat zurückbringt. Sicherlich geht es auch nicht schneller. Es ist sinnvoll, heute Abend einen Entscheid für eine Variante zu fällen und diese nachher der AK zu übergeben, um sie dann möglichst rasch wieder hier zu beraten. Sollte die AK über alle Varianten entscheiden müssen, bedeutete dies eine Überforderung.

Michael Köpfli (GLP): Wir sollten uns unbedingt jetzt entscheiden und nicht das Gesamtpaket in die AK geben. Christoph Zimmerli und ich schreiben in unserem Antrag ausdrücklich: „Sie soll *in der Regel* nicht länger als bis 22.45 Uhr dauern.“ Wie Ueli Haudenschild ausführte, könnten die Sitzungen in einer Anfangsphase manchmal bis 24 Uhr oder länger dauern. Das wird sich aber einpendeln, denn wir werden effizienter arbeiten müssen. Dann wird es sich erweisen, dass ein vierzehntäglicher Rhythmus ausreicht.

Philippe Müller (FDP): Nach dieser langen Diskussion um mehr Effizienz sollten Sie sich nun nicht gegenteilig verhalten und das Geschäft wieder an die Kommission zurückschicken, so wird wieder ewig darüber diskutiert. Sie müssen sich entscheiden, das liegt im Sinne der Effizienz. Am besten entscheiden Sie sich für die Variante Zimmerli/Köpfli.

Stéphanie Penher (GB): Nach der langen Diskussion sollte die AK nicht vorwegnehmen, was sie zu tun beabsichtigt. Vielmehr sollte die AK Grundlagen schaffen und flankierende Massnahmen überlegen. Eine blosser Änderung des Sitzungsrhythmus ist nicht hinreichend, zusätzliche Massnahmen sind erforderlich und es ist Aufgabe der AK, diese zu erarbeiten. Wenn möglich, kann sie damit auch schon vor dem September 2010 wieder an den Rat gelangen.

Erich J. Hess (JSVP): Hier wird deutlich, wie inkompetent dieses Parlament ist. Es wurde offensichtlich nicht geprüft, wie lang die erforderliche Sitzungsdauer sein muss oder wie gross die Einsparung an Sitzungszeit wäre. Um zu einem vernünftigen Vorschlag zu gelangen, muss die AK dies überarbeiten. Es ist keine gangbare Variante, wenn wir jede zweite Woche bis um 2 Uhr morgens tagen müssten. Im Stadtrat gibt es nämlich nicht nur Studenten, wie sie bei den Linken mitmachen, die morgens ausschlafen können ...

Der Vorsitzende ermahnt den Redner von Provokationen Abstand zu nehmen.

... es gibt hier auch Leute, die morgens um 4 oder 5 Uhr wieder aufstehen müssen. Deshalb muss die AK die Vorschläge erst gründlich überprüfen, damit eine bessere Variante an den Rat gelangt.

Béatrice Wertli (CVP): Es ist unser Anliegen, dass etwas geschieht. Wir bevorzugten die Variante eines Monatsrhythmus, die nun aber bei der ersten Abstimmung der Vierzehntagesvariante Zimmerli/Köpfli unterlegen ist. Dass nun die AK über Sitzungspausen, Gipfeli und Stromanschlüsse befinden soll und wir alsdann im Rat nochmals über dasselbe entscheiden, bringt nichts. Ausserdem ist nicht die AK das zuständige Gremium, sondern wir, der Stadtrat. Die Kompetenz, das nötige Wissen und die Überzeugung darüber, was uns dient, liegen allein bei uns. Entscheiden wir uns und stimmen wir der Variante Zimmerli/Köpfli zu, damit es zu einer Veränderung kommt.

Der Vorsitzende *Urs Frieden:* Das Büro hält den Antrag aufrecht, er war Ihnen immer bekannt und von daher gibt es keinen Grund diesen zurückzuziehen.

Ordnungsantrag Bernhard Eicher (JF):

Im Sinne der Ratseffizienz, nachdem alle Meinungen bereits gemacht sind, stelle ich den **Ordnungsantrag** auf Abbruch der Diskussion und sofortige Abstimmung.

Beschluss

1. Der Stadtrat nimmt den Ordnungsantrag Eicher an (53 Ja, 11 Nein, 3 Enthaltungen).
2. Der Antrag Zimmerli/Köpfli obsiegt dem Antrag des Büros des Stadtrats (42 Zimmerli/Köpfli, 23 Büro, 2 Enthaltungen).

Luzius Theiler (GPB-DA): Ich halte fest, dass ungeachtet des hier gefällten Beschlusses nicht wir, sondern die Gemeindeordnung massgebend bleibt. Laut Artikel 63 beruft die Präsidentin oder der Präsident den Stadtrat ein, wenn es die Geschäfte erfordern. Als weitere Möglichkeit können zwanzig Mitglieder die Einberufung schriftlich verlangen. Es besteht ein Rechtsanspruch, dass die Geschäfte behandelt werden. Dieser ist im Notfall auch rechtlich durchsetzbar.

Beschluss

Der Antrag Zimmerli/Köpfli obsiegt der geltenden Fassung (44 Zimmerli/Köpfli, 20 geltende Fassung, 3 Enthaltungen).

Der Beschluss lautet:

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom interfraktionellen Abänderungsantrag der Fraktionen BDP/CVP, GFL/EVP und SP und von den Änderungsanträgen Christoph Zimmerli (FDP)/ Michael Köpfli (GLP) und Fraktion GFL/EVP.
2. Er stimmt dem Antrag Christoph Zimmerli (FDP)/Michael Köpfli (GLP) zu und beschliesst folgende Änderung von Art. 41 GRSR: „Die Sitzungen des Stadtrats finden in der Regel jeden zweiten Donnerstag im Grossratssaal mit Beginn um 17.30 Uhr statt. Wird eine Abendsitzung notwendig, beginnt diese nach einem angemessenen Unterbruch in der Regel um 20.45 Uhr. Sie soll in der Regel nicht länger als bis 22.45 Uhr dauern.“ (44 Ja, 20 Nein, 3 Enthaltungen)
3. Der Stadtrat beschliesst die Inkraftsetzung des gemäss Ziff. 2 geänderten Artikel 41 GRSR auf den 1. Januar 2011. Er beauftragt die Aufsichtskommission zu prüfen, inwieweit sich aufgrund des neuen Artikels weitere Änderungen im Stadtratsreglement (z.B. Art. 12 Entschädigungen), in anderen Erlassen und Beschlüssen ergeben (42 Ja, 23 Nein, 2 Enthaltungen).

9 Kleine Anfrage Fraktion FDP (Dolores Dana, FDP): Unterhaltsarbeiten auf der Nydeggbücke: Trägt wirklich der motorisierte Individualverkehr (MIV) die alleinige Verantwortung?

Geschäftsnummer 09.000431 / 09/415

Direktorin TVS *Regula Rytz* beantwortet die Kleine Anfrage im Namen des Gemeinderats wie folgt: Zu Frage 1: Selbstverständlich ist der *gesamte* motorisierte Verkehr Ursache für die Vertiefungen in der Pflasterung der Nydeggbücke. So hätte auch der entsprechende Passus in der Medienmitteilung vom 23. November 2009 lauten sollen. Aus Unachtsamkeit rutschte beim Verfassen der Medienmitteilung ein oft verwendeter stehender Begriff (motorisierter Individualverkehr, MIV) in den Text und führte so zu einer falschen Aussage, für die sich die Direktion TVS entschuldigt. Dem Gemeinderat ist aber durchaus bewusst, wie stark die Fahrzeuge des öffentlichen Verkehrs die historischen Gassen der Altstadt beanspruchen.

Zu Frage 2: Die Medienmitteilung vom 23. November 2009 wurde durch das Tiefbauamt verfasst.

Zu Frage 3: Selbstverständlich werden von den Ämtern verfasste Medienmitteilungen sowohl durch die Generalsekretariate der Direktionen als auch durch den Informationsdienst geprüft und nötigenfalls redigiert, bevor sie publiziert werden. Im vorliegenden Fall fiel der in einem Punkt verkürzte Informationsgehalt niemandem auf.

Dolores Dana (FDP): Danke an *Regula Rytz* für diese Antwort. Es handelt sich hierbei um einen typischen freudschen Verschreiber. Eine allgemeine Bemerkung an dieser Stelle: Wir werden täglich mit Medienmitteilungen von der Stadt bedient, manchmal sind sie wichtig, manchmal unwichtig, aber definitiv sind es zu viele. Ich appelliere an die Verwaltung, deren Anzahl zu verringern.

10 Kleine Anfrage Jacqueline Gafner Wasem (FDP): Fahrplan 2010 der Linie 30.570: Statt einer Fahrplanverdichtung längere Wartezeiten am Bahnhof Bern Brünnen

Geschäftsnummer 09.000432 / 09/416

Direktorin TVS *Regula Rytz* beantwortet die Kleine Anfrage im Namen des Gemeinderats wie folgt: Der Gemeinderat legte in seiner Antwort vom 5. November 2008 auf die in der Kleinen Anfrage erwähnte Dringliche Motion Fraktion FDP (Jacqueline Gafner Wasem): Mindestens zwei Kurse pro Stunde und Richtung auf der Linie 30.570 Bern Brünnen-Frauenkappelen-Mühleberg ab Fahrplanjahr 2010! vom 14. August 2008 ausführlich dar, was er im Sinne der Motion alles unternommen hatte. Zudem führte er aus, dass er die Entwicklung der Fahrgastzahlen auf der Linie 570 aufmerksam verfolgen und mit diesen Argumenten beim Kanton bei Bedarf eine Angebotsverbesserung gemäss Motion beantragen wird.

Mit E-Mail vom 30. Juli 2009, also ein halbes Jahr nach Fahrplanwechsel, bestellte die Verkehrsplanung der Stadt Bern bei Postauto die aktuellen Fahrgastzahlen. Eine erste Auswertung der Fahrgastzahlen vom März 2009 zeigt folgendes Bild: Obwohl die Zahl der Kurse zwischen dem Fahrplanjahr 2008 und dem Fahrplanjahr 2009 von Montag bis Freitag um bis zu circa 23 Prozent ausgebaut wurde, nahm die Fahrgastzahl auf dem Abschnitt Mühleberg-Brünnen im März 2009 im Vergleich zum März 2008 insgesamt um circa 12 Prozent ab. Dies bedeutet, dass die Verkürzung der ehemaligen Linie zwischen Mühleberg und dem Bahnhof Bern (Linie 109) auf den Abschnitt Mühleberg-Brünnen (Linie 570) von vielen Personen stark negativ beurteilt wird.

Die Direktion TVS intervenierte aufgrund der Statistik beim Kanton und der Regionalkonferenz Mittelland, Bereich Verkehr und beantragte eine Angebotsverbesserung gemäss Dringlicher Motion Fraktion FDP (Jacqueline Gafner Wasem). Der Gemeinderat wird im Rahmen seines Berichts auf die mit Stadtratsbeschluss 569 vom 6. November 2008 erheblich erklärte Dringliche Motion Fraktion FDP (Jacqueline Gafner Wasem) den Stadtrat über die Ergebnisse dieser Intervention informieren.

Jacqueline Gafner Wasem (FDP): Dem Votum von Regula Rytz entnehme ich, dass Sie und Ihre Leute, aber auch der Gemeinderat sich für eine Verbesserung auf dieser Linie einsetzen, dafür danke ich. Sowohl Regula Rytz als auch der Gemeinderat können versichert sein, dass auch der Quartierverein Riedernrain, die Quartierkommission Bümpliz-Bethlehem (QBB), wo nötig zusammen mit den Gemeinden Frauenkappelen und Mühleberg bei dieser Thematik weiter insistieren werden.

11 Motion Fraktion SVPplus (Jimmy Hofer, parteilos): Gleiches Recht für alle: Begegnungszone auch in der Matte

Geschäftsnummer 09.000167 / 09/362

Gemeinderatsantrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion abzulehnen; er ist jedoch bereit, den Vorstoss als Postulat entgegen zu nehmen.

Bern, 14. Oktober 2009

- Die Abstimmung erfolgt unter Namensaufruf. -

Motionär *Jimmy Hofer* (parteilos): In der Matte haben wir mit dem Verkehr bereits eine lange Leidensgeschichte durchlebt. Es ist nicht von der Hand zu weisen, dass ein Verkehrsproblem existiert. Wie es gelöst werden soll, bleibt die grosse Frage. Die Meinungen des Matte-Leists in seiner aktuellen Zusammensetzung stehen mit 3 zu 2 gegen den Poller.

Es gibt beispielsweise Informationsbroschüren, die aufzeigen, wie eine Begegnungszone eingeführt werden kann. Meine Idee, per Motion eine Begegnungszone in der Matte zu verlangen, entstand wie folgt: In der PVS-Kommission informierte uns ein Vortrag über die Begegnungszone in der Altstadt, die darin sehr gelobt wurde. Vom Altstadtleist bis zum Gemeinderat waren alle von dieser Lösung begeistert. Nachdem von verschiedener Seite, auch im Rat, der Wunsch nach mehr Begegnungszonen geäussert worden ist, nehme ich diese Idee für die Matte auf. Denn in der Matte macht eine Begegnungszone wirklich Sinn und bietet eine gangbare und gute Lösung. Eine grosse Begegnungszone mit baulichen Massnahmen würde die Durchfahrt durch die Matte unmöglich machen. Momentan ist die Strasse vom Marzili her praktisch frei und man kann mit 50 Kilometern pro Stunde durch die Matte rasen. Es war zu beobachten, dass immer, wenn in der näheren Umgebung der Matte die Strassendurchfahrt durch eine Baustelle eingeschränkt war, der Durchgangsverkehr auf ein Minimum zurückging. Schlau gemachte bauliche Massnahmen würden in der Matte akzeptiert. Die Matte bliebe weiterhin erreichbar und die damit verbundenen Vorteile blieben erhalten. Eine Mehrheit der Mätkeler würde diese Lösung befürworten, es wäre daher nicht mit einer Flut von Einsprachen zu rechnen. Meine Verwurzelung in der Matte reicht tief. Im Vorfeld meiner Wahl und hier im Rat vertrat ich stets die mehrheitsfähige Ablehnung eines Pollers in der Matte. Wir sollten im Parlament die Begegnungszone für die Matte beschliessen, das löst das Problem und erspart uns

langwierige Prozesse. Wir müssen die Matte durch bauliche Massnahmen für den Durchgangsverkehr so unattraktiv wie möglich gestalten, damit der Verkehr sich andere Wege bahnt. Ein nicht-mehrheitsfähiger Poller, der die Matte komplett abschottet, bedeutet schlicht einen Overkill. Man muss sehen, dass im Schlepptau dieses Pollers ein ganzes Verkehrsregime steht, nämlich ein allgemeines Nachtfahrverbot. Das ist gar nicht nötig, denn in der Nacht existiert in der Matte kein Verkehrsproblem. Eine Fussgängerzone und grossflächige Beruhigung der Matte reichen als Massnahmen aus. Auch die Aarstrasse, die heutzutage eine eigentliche Hochleistungsstrasse ist, sollte miteinbezogen werden. Bitte fällen Sie einen sinnvollen Entscheid.

Fraktionserklärungen

Edith Leibundgut (CVP) für die Fraktion BDP/CVP: Die Matte ist das Herz von Bern. Sie mit einem Poller zu schliessen, gleicht einem chirurgischen Eingriff, der zum Kollaps der betroffenen Gefässe führt. Wir wollen keinen Infarkt in der Matte! Wir wollen ein gesundes, lebendiges, gemütliches und einladendes Quartier. Insbesondere dem Gewerbe leisten wir einen Bärenservice, wenn wir die Matte schliessen. Ohne Zufahrt kein Handel. Das Reizvolle an der Matte ist die Möglichkeit, Leben und Arbeiten zu verbinden. Wo sonst in Bern finden wir diese ursprüngliche und ganzheitliche Form des Seins?

Ein Poller setzt falsche Signale: Achtung Privatzone, kein Durchgang ab hier! Es erstaunt nicht, dass sich offene und gastfreundliche Anwohner dagegen wehren. Eine Begegnungszone passt viel besser an diesen Ort des geselligen Seins und Beisammenseins. Eine Begegnungszone wird die Matte in sympathischer Art beleben, gleichzeitig verschönern und sinnbildhaft die ruhig dahinfließende Aare imitieren.

Dass die Bevölkerung das Recht auf Einrichtung von Begegnungszonen hat, darf nicht nur für die Aussenquartiere gelten. Wir wollen gleiches Recht für alle, besonders im Herzen unserer Stadt. Kein Koller in der Matte wegen Poller! Unsere Fraktion unterstützt diese Motion.

Aline Trede (GB) für die Fraktion GB/JA!: Sowohl eine Begegnungszone wie auch Poller bieten gute Lösungen. (Ich persönlich liebe das leise Zischen, wenn die Poller sich hinauf oder hinunter bewegen.) Für ein lebendiges Quartier ist nicht unbedingt notwendig, dass Autos dort hindurchfahren können. Die Pollervariante ist für die Matte durchaus richtig, wie der Stadtrat bereits bestätigt hat. Bei diesem Vorgehen muss jetzt nur noch der richtige Weg bei der Durchführung begangen werden. Wir folgen dem Gemeinderat und lehnen diese Motion ab.

Daniel Klauser (GFL) für die Fraktion GFL/EVP: Wir sind nach wie vor der Meinung, dass der Poller eine gute Lösung bringt. Gegen die Einrichtung einer zusätzlichen Begegnungszone haben wir nichts einzuwenden. Bei einer getrennten Abstimmung zu dieser Motion überweisen wir Punkt 1 als Postulat, der die Überprüfung einer einzurichtenden Begegnungszone verlangt, Punkt 2 lehnen wir ab. Wir verstehen nicht ganz, was der Gemeinderat denn bei Punkt 2 überprüfen will, wenn er die Motion als Postulat entgegennehmen will, denn dieser verlangt ja keine weiteren Massnahmen.

Gisela Vollmer (SP) für die Fraktion SP/JUSO: Für unseren Quartiersverein hatte das Abschiessen des Pollers zur Folge, dass zahlreiche Leute beigetreten sind. Die Quartiere Marzili und Sulgenrain sind schwer vom Durchgangsverkehr betroffen. Es geht nicht nur um die Matte, sondern um die ganze Zone entlang der Aarstrasse. Deshalb sind wir entsetzt darüber, dass der Poller nicht kommt. Es wird mindestens drei weitere Jahre dauern, bis etwas geschieht. Zur Begegnungszone ist anzufügen, dass eine Verengung der Aarstrasse begrüsst

senswert wäre. Das sollte vor 15 Jahren schon gemacht werden, aber durch die Hochwasserschutzmassnahmen mit der Panzeranlage ist es leider nicht mehr so einfach möglich. Das Nachtfahrverbot ist nach wie vor beizubehalten. Es wäre interessant zu erfahren, was der Gemeinderat nach der Ablehnung der Poller vorhat. Die vorliegende Antwort des Gemeinderats ist veraltet. Den Vorstoss lehnen wir ab.

Kathrin Bertschy (GLP) für die GLP-Fraktion: Wir verstehen diese Motion als erneuten Versuch die Poller zu umgehen. Wir befürworten eine Pollerlösung weiterhin, als einzig geeignetes Mittel zur Befreiung vom Durchgangsverkehr. Das ist auch die Lösung, die gemäss Befragung der Bevölkerung in der Matte am meisten Rückhalt geniesst. Bei der letzten Polizeikontrolle wurden innerhalb einer Dauer von 90 Minuten 54 Bussen wegen der Missachtung des Fahrverbots ausgestellt. Das sind zu viele. Eine Begegnungszone würde die Durchfahrten nicht reduzieren, sondern nur verlangsamen. Dass nun anstelle von Pollern eine Begegnungszone die Probleme der Matte lösen soll, erscheint uns zynisch und gefährlich: Soll sie denn der Begegnung zwischen älteren Menschen und Kindern mit den täglich 2 500 unrechtmässigerweise durchfahrenden Autos dienen? Eine Begegnungszone ist sicher fehl am Platz. Wir lehnen die Motion ab.

Bernhard Eicher (JF) für die FDP-Fraktion: In diesem Parlament geschehen manchmal erstaunliche Dinge: Unter den Leuten, die mit dem aktuellen Vorstoss die Forderung nach einer Begegnungszone unterschrieben, finden sich teilweise genau dieselben, die vor ungefähr einem Jahr einen Vorstoss für die Senkung der Anzahl Begegnungszonen unterzeichneten. Diese plötzliche Kehrtwendung mag zwecks Wahrung eigener Interessen geschehen sein – vielleicht betrifft es ja auf einmal die eigene Liegenschaft? Das ist keine konsequente Politik, was die SVP hier betreibt. Mit solch einem Wischiwaschi befinden Sie sich in unmittelbarer Nähe der BDP, soviel zu den unsachlichen Argumenten. Unsere Fraktion sagte bereits vor einem Jahr, es gehe nicht an, dass der Stadtrat eine bestimmte Anzahl Begegnungszonen fest schreibt und die Orte für deren Einrichtung vorschreibt. Wenn in der Bevölkerung ein solches Anliegen besteht, soll sie damit direkt an den Gemeinderat gelangen.

Manfred Blaser (SVP) für die Fraktion SVPplus: Der Ausdruck Wischiwaschi mag belustigend sein, aber die Betroffenen haben sich deutlich geäussert. Diejenigen, die es nicht betrifft, bestimmen im Prinzip über etwas, wovon sie (übertrieben gesagt) keine Ahnung haben.

Einzelvoten

Martin Schneider (parteilos): Wenn eine Partei oder Fraktion versucht, sich mit einem Problem differenziert auseinanderzusetzen, hat das nichts mit Wischiwaschi zu tun.

Jimmy Hofer (parteilos): Das Auftreten gewisser Votanten hat etwas Anmassendes. Ich würde gegenüber einem anderen Quartier nicht so auftreten und so tun, als ob ich genau wüsste, was am besten zu tun sei. Wenn wir in der Fraktion etwas beschliessen, wissen wir es genau. Nach meinen Erklärungen stimmte sogar eine SVP, die prinzipiell gegen Fussgängerzonen eingestellt ist, mit mir überein.

Direktorin TVS *Regula Rytz*: Heute gilt in der Matte bereits ein Fahrverbot, das nur den Zubringerdienst gestattet. Das Bundesgericht verfügte vor vielen Jahren ein Nachtfahrverbot, das nach Mitternacht absolute Geltung hat, einzig davon ausgenommen sind Blaulichtorganisationen und öffentlicher Verkehr. Es besteht somit eine klare Verkehrsregelung, das Problem entsteht durch deren Nichteinhaltung. Der illegale Durchgangsverkehr ist immer noch sehr

gross. Wie Kathrin Bertschy erwähnte, wurde anlässlich einer Polizeikontrolle im Januar festgestellt, dass rund die Hälfte des Verkehrs dort illegal durchfährt und das Fahrverbot missachtet. Zahlreiche Briefe, die beispielsweise von den Elternräten, den Schulen oder von Anwohnenden an uns geschrieben werden, besagen, es sei nahezu unmöglich, dort mit einer Familie zu wohnen, weil die Strasse und die ganze Anlage nicht für ein derartiges Verkehrsaufkommen gemacht sind. Sie fordern von uns zusätzliche Massnahmen zur Verkehrsberuhigung und gegen den illegalen Durchgangsverkehr. Jimmy Hofer ist nicht der einzige Mattebewohner und es wäre eine seltsame Art von Demokratie, wenn einer für alle spräche. Vonseiten der Behörden diskutieren wir mit den Leisten als Repräsentanten einer demokratischen Struktur. Das jüngste Gespräch mit dem Matte-Leist verdeutlichte, dass immer noch eine Mehrheit des Matte-Leists für den Poller ist. Es war der Matte-Leist, der bei uns vor Jahren den Poller einforderte. Wir sind mit der Vorbereitung einer Publikation für diesen Poller beschäftigt, die auch auf die Anliegen eingeht, welche die Beschwerdeinstanz entgegengenommen hat. Gewisse Anliegen seitens der Einsprechenden werden darin ebenfalls aufgenommen. Es ist klar festzuhalten, dass ein Poller das Mattequartier nicht von der Aussenwelt abschliesst. Alle Bewohnerinnen und Bewohner der Matte sowie die Gewerbetreibenden können von beiden Seiten her immer noch zufahren. Für den Anlieferungsverkehr und den Zubringerdienst bleibt die Matte ausserhalb der Nachtfahrverbotszeit immer von der Mattenenge her erreichbar.

Jimmy Hofer (parteilos): Ich betone nochmals, dass die fünf Mitglieder des Matte-Leists in der Mehrheit nicht für den Poller sind. Das Verhältnis steht bei drei Pollergegnern gegenüber zwei Pollerbefürwortenden. Zum Nachtfahrverbot existiert ein Urteil, das dieses als bundesrechtswidrig bezeichnet. Es ist das Urteil aus dem Prozess, den der Gemeinderat auf Staatskosten führte und verlor. Daher muss er Entschädigungen entrichten, die er aus Steuergeldern finanziert. Aber trotzdem macht man einen zweiten Anlauf, bei dem weitere Geldmittel verschleudert werden, denn in erster Linie geht es darum, etwas durchzumurksen, auch gegen den Willen eines Grossteils der betroffenen Bevölkerung.

Beschluss

Der Stadtrat lehnt die Motion ab (16 Ja, 43 Nein, 3 Enthaltungen).

Mit Ja stimmen: Vinzenz Bartlome, Henri-Charles Beuchat, Manfred Blaser, Peter Bühler, Simon Glauser, Erich J. Hess, Kurt Hirsbrunner, Jimmy Hofer, Ueli Jaisli, Vania Kohli, Edith Leibundgut, Robert Meyer, Martin Schneider, Peter Wasserfallen, Thomas Weil, Béatrice Wertli

Mit Nein stimmen: Hans Peter Aeberhard, Michael Aebersold, Giovanna Battagliero, Kathrin Bertschy, Lea Bill, Dolores Dana, Bernhard Eicher, Susanne Elsener, Regula Fischer, Jan Flückiger, Jacqueline Gafner Wasem, Jeannette Glauser, Thomas Göttin, Claude Grosjean, Guglielmo Grossi, Leyla Gül, Ueli Haudenschild, Dannie Jost, Ruedi Keller, Daniel Klauser, Michael Köpfli, Peter Künzler, Lea Kusano, Annette Lehmann, Daniela Lutz-Beck, Ursula Marti, Christine Michel, Patrizia Mordini, Stéphanie Penher, Pascal Rub, Rahel Ruch, Hasim Sançar, Rolf Schuler, Miriam Schwarz, Tanja Sollberger, Barbara Streit-Stettler, Luzius Theiler, Aline Trede, Gisela Vollmer, Tanja Walliser, Rolf Zbinden, Christoph Zimmerli, Beat Zobrist

Enthaltungen: Beat Gubser, Mario Imhof, Martin Trachsel

Stadtratspräsident Urs Frieden stimmt nicht.

Abwesend: Cristina Anliker-Mansour, Rania Bahnan Buechi, Thomas Begert, Thomas M. Bürki, Rithy Chheng, Conradin Conzetti, Tania Espinoza, Rudolf Friedli, Natalie Imboden, Stefan Jordi, Corinne Mathieu, Claudia Meier, Philippe Müller, Nadia Omar, Hasim Sönmez, Nicola von Greyerz, Manuel C. Widmer.

- Die Traktanden Nr. 11 bis 15, 17 und 18 werden auf eine spätere Sitzung verschoben, Traktandum Nr. 16 wurde zurückgezogen. -

Eingänge

Es werden folgende **parlamentarische Vorstösse** eingereicht und an den Gemeinderat weitergeleitet:

1. Interfraktionelle Motion SP/JUSO und GFL/EVP (Ruedi Keller, SP/Manuel C. Widmer, GFL): Loryplatz beleben!
2. Interfraktionelle Motion GLP, GFL/EVP, BDP/CVP, FDP (Claude Grosjean, GLP/Peter Künzler, GFL/Kurt Hirsbrunner, BDP/Béatrice Wertli, CVP/Pascal Rub, FDP): Vertrauensarbeitszeit für die städtischen Kaderangestellten
3. Motion Fraktion GFL/EVP (Tania Espinoza, GFL/Barbara Streit-Stettler, EVP): VBG/DOK/TOJ – Sofortiger Restart der Reorganisation!
4. Motion Fraktion FDP (Bernhard Eicher, JF): Altkleidercontainer: Änderung der Bewilligungspraxis
5. Interfraktionelles Postulat SP/JUSO und GB/JA! (Gisela Vollmer, SP/Aline Trede, GB): Die perfekte Welle am Schweller
6. Postulat GB/JA! (Natalie Imboden/Jeanette Glauser, GB): Patengrosseltern auch in Bern?
7. Interpellation Fraktion SP/JUSO (Patrizia Mordini, SP): Musikalische Grossveranstaltungen im Stade de Suisse – Probleme im Vorverkauf
8. Interpellation Fraktion FDP (Bernhard Eicher, JF): Jüngste Entwicklungen im PROGR
9. Interpellation Fraktion BDP/CVP (Béatrice Wertli, CVP): Wie weiter mit dem Entsorgungshof Egelsee?
10. Interpellation Fraktion SVPplus (Peter Bühler, SVP): Rauchverbot; Eine Bevormundung mehr auf Kosten der Arbeitnehmer und Arbeitgeber

andere Eingänge

Interfraktioneller Antrag GFL/EVP, SP/JUSO, GLP, BDP/CVP (Peter Künzler, GFL/Kurt Hirsbrunner, BDP/Giovanna Battagliero, SP/Michael Köpfli, GLP): Änderungen des GRSR (Anträge an das Präsidium gemäss Art. 82 GRSR)

Schluss der Sitzung: 22.35 Uhr.

Namens des Stadtrats

Der Präsident: *Urs Frieden*

Die Protokollführerin: *Barbara Waelti*